

Amtsblatt

der Europäischen Union

C 159

Ausgabe
in deutscher Sprache

Mitteilungen und Bekanntmachungen

51. Jahrgang

24. Juni 2008

<u>Informationsnummer</u>	Inhalt	Seite
	I <i>Entschlüsse, Empfehlungen und Stellungnahmen</i>	
	STELLUNGNAHMEN	
	Rat	
2008/C 159/01	Mitteilung für die Personen, Organisationen und Einrichtungen, die der Rat in die Liste der Personen, Organisationen und Einrichtungen aufgenommen hat, die unter Artikel 7 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 423/2007 des Rates fallen (Anhang V)	1
	II <i>Mitteilungen</i>	
	MITTEILUNGEN DER ORGANE UND EINRICHTUNGEN DER EUROPÄISCHEN UNION	
	Kommission	
2008/C 159/02	Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss (Sache COMP/M.5080 — Oracle/BEA) ⁽¹⁾	2
	IV <i>Informationen</i>	
	INFORMATIONEN DER ORGANE UND EINRICHTUNGEN DER EUROPÄISCHEN UNION	
	Kommission	
2008/C 159/03	Euro-Wechselkurs	3

DE

INFORMATIONEN DER MITGLIEDSTAATEN

2008/C 159/04	Angaben der Mitgliedstaaten über staatliche Beihilfen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1857/2006 der Kommission über die Anwendung der Artikel 87 und 88 des EG-Vertrags auf staatliche Beihilfen an kleine und mittlere in der Erzeugung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen tätige Unternehmen und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 70/2001	4
2008/C 159/05	Angaben der Mitgliedstaaten über staatliche Beihilfen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1857/2006 der Kommission über die Anwendung der Artikel 87 und 88 des EG-Vertrags auf staatliche Beihilfen an kleine und mittlere in der Erzeugung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen tätige Unternehmen und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 70/2001	8
2008/C 159/06	Angaben der Mitgliedstaaten über staatliche Beihilfen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1857/2006 der Kommission über die Anwendung der Artikel 87 und 88 des EG-Vertrags auf staatliche Beihilfen an kleine und mittlere in der Erzeugung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen tätige Unternehmen und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 70/2001	12

V *Bekanntmachungen*

VERFAHREN ZUR DURCHFÜHRUNG DER WETTBEWERBSPOLITIK

Kommission

2008/C 159/07	Staatliche Beihilfe — Polen — Staatliche Beihilfe C 11/08 (ex N 908/06) — MSR 2002 — Beihilfe für die BVG Medien Beteiligungs GmbH — Aufforderung zur Stellungnahme gemäß Artikel 88 Absatz 2 des EG-Vertrags ⁽¹⁾	18
2008/C 159/08	Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses (Sache COMP/M.5250 — Porsche/Volkswagen) ⁽¹⁾	27



⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR

I

(Entschlüsse, Empfehlungen und Stellungnahmen)

STELLUNGNAHMEN

RAT

Mitteilung für die Personen, Organisationen und Einrichtungen, die der Rat in die Liste der Personen, Organisationen und Einrichtungen aufgenommen hat, die unter Artikel 7 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 423/2007 des Rates fallen (Anhang V)

(2008/C 159/01)

Den im Anhang zum Beschluss 2008/475/EG des Rates vom 23. Juni 2008 ⁽¹⁾ aufgeführten Personen, Organisationen und Einrichtungen wird Folgendes mitgeteilt.

Der Rat der Europäischen Union hat beschlossen, dass die Personen, Organisationen und Einrichtungen, die in der oben genannten Liste aufgeführt sind, die Kriterien des Artikels 7 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 423/2007 des Rates vom 19. April 2007 über restriktive Maßnahmen gegen Iran ⁽²⁾ erfüllen; dementsprechend wurden sie gemäß oben genanntem Beschluss in den Anhang V dieser Verordnung aufgenommen. Nach dieser Verordnung sind sämtliche Gelder und anderen finanziellen Vermögenswerte oder wirtschaftlichen Ressourcen dieser Personen, Organisationen und Einrichtungen einzufrieren und es dürfen ihnen weder direkt noch indirekt Gelder, andere finanzielle Vermögenswerte oder wirtschaftliche Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

Die betroffenen Personen, Organisationen und Einrichtungen werden darauf hingewiesen, dass sie bei den auf den Websites in Anhang III der Verordnung aufgeführten zuständigen Behörden des bzw. der betreffenden Mitgliedstaaten beantragen können, dass ihnen die Verwendung der eingefrorenen Gelder zur Deckung ihrer Grundbedürfnisse oder für bestimmte Zahlungen genehmigt wird (vgl. Artikel 8, 9 und 10 der Verordnung).

Die betroffenen Personen, Organisationen und Einrichtungen können zudem beim Rat unter Vorlage von entsprechenden Nachweisen beantragen, dass der Beschluss, sie in die vorgenannte Liste aufzunehmen, überprüft wird.

Entsprechende Anträge sind an folgende Anschrift zu richten:

Rat der Europäischen Union
Generalsekretariat
Rue de la Loi 175
B-1048 Brüssel

Auch können alle betroffenen Personen, Organisationen und Einrichtungen gegen den Beschluss des Rates unter den in Artikel 230 Absätze 4 und 5 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft genannten Voraussetzungen vor dem Gericht erster Instanz der Europäischen Gemeinschaften Klage erheben.

⁽¹⁾ ABl. L 163 vom 24.6.2008.

⁽²⁾ ABl. L 103 vom 20.4.2007, S. 1. Verordnung zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 618/2007 (AbI. L 143 vom 6.6.2007, S. 1).

II

(Mitteilungen)

MITTEILUNGEN DER ORGANE UND EINRICHTUNGEN DER EUROPÄISCHEN
UNION

KOMMISSION

Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss

(Sache COMP/M.5080 — Oracle/BEA)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(2008/C 159/02)

Am 29. April 2008 hat die Kommission entschieden, keine Einwände gegen den obengenannten angemeldeten Zusammenschluss zu erheben und ihn insofern für mit dem Gemeinsamen Markt vereinbar zu erklären. Diese Entscheidung stützt sich auf Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b der Ratsverordnung (EG) Nr. 139/2004. Der vollständige Text der Entscheidung ist nur auf Englisch erhältlich und wird nach Herausnahme eventuell darin enthaltener Geschäftsgeheimnisse veröffentlicht. Er ist erhältlich:

- auf der Europa-Wettbewerb-Website (<http://ec.europa.eu/comm/competition/mergers/cases/>). Diese Website ermöglicht, einzelne Entscheidungen der Fusionskontrolle aufzufinden, einschließlich Suchmöglichkeiten nach Unternehmen, Fallnummer, Datum und Sektor,
 - in elektronischem Format auf der EUR-Lex Website unter der Dokumentennummer 32008M5080. EUR-Lex ist der Online-Zugang für das Gemeinschaftsrecht (<http://eur-lex.europa.eu>).
-

IV

(Informationen)

INFORMATIONEN DER ORGANE UND EINRICHTUNGEN
DER EUROPÄISCHEN UNION

KOMMISSION

Euro-Wechselkurs ⁽¹⁾**23. Juni 2008**

(2008/C 159/03)

1 Euro =

Währung	Kurs	Währung	Kurs
USD US-Dollar	1,5521	TRY Türkische Lira	1,9068
JPY Japanischer Yen	167,46	AUD Australischer Dollar	1,6305
DKK Dänische Krone	7,4583	CAD Kanadischer Dollar	1,5768
GBP Pfund Sterling	0,79155	HKD Hongkong-Dollar	12,1177
SEK Schwedische Krone	9,3931	NZD Neuseeländischer Dollar	2,0468
CHF Schweizer Franken	1,6223	SGD Singapur-Dollar	2,1249
ISK Isländische Krone	130,74	KRW Südkoreanischer Won	1 615,35
NOK Norwegische Krone	8,0130	ZAR Südafrikanischer Rand	12,5057
BGN Bulgarischer Lew	1,9558	CNY Chinesischer Renminbi Yuan	10,6691
CZK Tschechische Krone	24,125	HRK Kroatische Kuna	7,2499
EEK Estnische Krone	15,6466	IDR Indonesische Rupiah	14 392,62
HUF Ungarischer Forint	239,51	MYR Malaysischer Ringgit	5,0637
LTL Litauischer Litas	3,4528	PHP Philippinischer Peso	69,068
LVL Lettischer Lat	0,7025	RUB Russischer Rubel	36,6790
PLN Polnischer Zloty	3,3633	THB Thailändischer Baht	51,910
RON Rumänischer Leu	3,6726	BRL Brasilianischer Real	2,4956
SKK Slowakische Krone	30,347	MXN Mexikanischer Peso	15,9346

⁽¹⁾ Quelle: Von der Europäischen Zentralbank veröffentlichter Referenz-Wechselkurs.

INFORMATIONEN DER MITGLIEDSTAATEN

Angaben der Mitgliedstaaten über staatliche Beihilfen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1857/2006 der Kommission über die Anwendung der Artikel 87 und 88 des EG-Vertrags auf staatliche Beihilfen an kleine und mittlere in der Erzeugung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen tätige Unternehmen und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 70/2001

(2008/C 159/04)

Beihilfe Nr.: XA 99/08**Mitgliedstaat:** Ungarn**Region:** Gesamtes Staatsgebiet Ungarns

Bezeichnung der Beihilferegulierung bzw. bei Einzelbeihilfen Name des begünstigten Unternehmens: A tenyésztésszervezési feladatok támogatása a törzskönyvezés, a teljesítményvizsgálat és a tenyészérték megállapítás igazgatási, illetőleg vizsgálati költségeihez történő hozzájárulás formájában

Rechtsgrundlage:

- A tenyésztésszervezési feladatok támogatása igénybevételek részletes feltételeiről szóló .../2008. (.....) FVM rendelet.
- Az állattenyésztésről szóló 1993. évi CXIV. törvény

Voraussichtliche jährliche Kosten der Regulierung bzw. Gesamtbetrag der einem Unternehmen gewährten Einzelbeihilfe: 780 Mio. HUF

Beihilfeshöchstintensität:

Der Umfang der Beihilfe für Verwaltungskosten, die im Zusammenhang mit der Erstellung und Führung des Herdenbuches entstehen, beträgt maximal 100 %, für Untersuchungen zur Feststellung der genetischen Qualität und Produktivität des Tierbestandes beträgt er maximal 70 % der entstandenen Kosten, für die Nachzuchtkontrolle im Rahmen der Rassenanerkennung beträgt er maximal 50 % der Kosten.

Die Verordnung legt die maximalen Beihilfebeträge je Position einzeln fest

Bewilligungszeitpunkt: Im Anschluss an die Stellungnahme der Kommission

Laufzeit der Regulierung bzw. Auszahlung der Einzelbeihilfe: Bis zum 31.12.2008

Zweck der Beihilfe:

Zweck der Beihilfe sind der Erhalt und die Steigerung der genetischen Qualität des Zuchtviehbestandes und die Förderung der Aufgaben der Zuchtorganisation.

Bezug: Vorschriften zu Beihilfen zur Herdenbuchführung nach Artikel 16 Buchstabe a der Verordnung (EG) Nr. 1857/2006. Die Regelung der Beihilfen in Verbindung mit der Feststellung der genetischen Qualität des Tierbestandes sowie der Produktivität erfolgt nach den Bestimmungen des Artikels 16 Buchstabe b.

Die zuschussfähigen Kosten des Programms wurden unter Berücksichtigung der tatsächlichen Kosten des Jahres 2007 fest-

gelegt, die Verordnung enthält die als Beihilfe auszahlbaren Maximalbeträge

Betroffene Wirtschaftssektoren: Rinder, Schweine, Schafe, Ziegen, Pferde, Geflügel und bestimmte Kleintiere

Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde:

Földművelésügyi és Vidékfejlesztési Minisztérium
H-1055 Budapest
Kossuth Lajos tér 11

Internetadresse:

<http://www.fvm.hu/main.php?folderID=2253&articleID=1198&ctag=articlelist&iid=1>

Budapest, den 28. Januar 2008

Dr. Máhr András
Szakállamtitkár

Beihilfe Nr.: XA 100/08**Mitgliedsstaat:** Republik Zypern

Region: Alle unter der Kontrolle der Republik Zypern stehenden Gebiete

Bezeichnung der Beihilferegulierung bzw. bei Einzelbeihilfen Name des begünstigten Unternehmens: Σχέδιο για αντιμετώπιση του Ιού της Τριστέζας των εσπεριδοειδών

Rechtsgrundlage: Απόφαση Υπουργικού Συμβουλίου

Voraussichtliche jährliche Kosten der Regulierung bzw. Gesamtbetrag der einem Unternehmen gewährten Einzelbeihilfe: 20 000 CYP zum Ausgleich der Schäden von Erzeugern

Beihilfeshöchstintensität: 100 % der Kosten für Gesundheitskontrollen, Laboruntersuchungen und die Vernichtung von Kulturen

Bewilligungszeitpunkt: Januar 2008

Laufzeit der Regulierung bzw. Auszahlung der Einzelbeihilfe: Bis zum 31.12.2012

Zweck der Beihilfe: Tilgung des Tristeza-Virus der Zitruspflanzen und Vernichtung der befallenen Bäume und Plantagen gegen Kostenausgleich für die Erzeuger (Artikel 10 Verordnung (EG) Nr. 1857/2006)

Betroffene Wirtschaftssektoren: Agrarsektor — Zitruspflanzen

Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde:

Ινστιτούτο Γεωργικών Ερευνών, Υπουργείου Γεωργίας, Φυσικών Πόρων και Περιβάλλοντος
T.K. 220016
CY-1516 Λευκωσία

Internetadresse:

<http://greek.ari.gov.cy/content/TRISTEZA.pdf>

Sonstige Auskünfte:

Die Beihilfe zum Ausgleich des Schadens wird pro Baum zum Zweck der Sanierung von Zitrusplantagen vom über natürliche Träger übertragbaren Tristeza-Virus gewährt

Ιωάννης Παπασιλιανού — Yannis Papastilianou

Διευθυντής

Ινστιτούτου Γεωργικών Ερευνών

Υπουργείου Γεωργίας, Φυσικών Πόρων και Περιβάλλοντος

Beihilfe Nr.: XA 104/08

Mitgliedstaat: Spanien

Region: Comunidad Valenciana

Bezeichnung der Beihilferegelung bzw. bei Einzelbeihilfen Name des begünstigten Unternehmens: Régimen de ayudas por la que se adoptan medidas fitosanitarias para la erradicación y control del organismo nocivo Tuta Absoluta (Meyrick)

Rechtsgrundlage:

Proyecto de Orden de la Conselleria d'Agricultura, Pesca i Alimentació, por la que se adoptan medidas fitosanitarias para la erradicación y control del organismo nocivo Tuta Absoluta (Meyrick)

Richtlinie 2000/29/EG des Rates vom 8. Mai 2000 über Maßnahmen zum Schutz der Gemeinschaft gegen die Einschleppung und Ausbreitung von Schadorganismen der Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse.

Ley nº 43/2002, de 20 de noviembre, de Sanidad Vegetal.

Real Decreto nº 58/2005, de 21 de enero, por el que se adoptan medidas de protección contra la introducción y difusión en el territorio nacional y de la Comunidad Europea de organismos nocivos para los vegetales o productos vegetales, así como para la exportación y tránsito hacia países terceros.

Real Decreto nº 1190/1998, de 12 de junio, por el que se regula los programas nacionales de erradicación o control de organismos nocivos de los vegetales aún no establecidos en el territorio nacional.

Ley nº 38/2003, de 17 de noviembre, General de Subvenciones.

Decreto Legislativo de 26 de junio de 1991, por el que se aprueba el Texto Refundido de la Ley de Hacienda Pública de la Generalitat Valenciana

Voraussichtliche jährliche Kosten der Regelung bzw. Gesamtbetrag der einem Unternehmen gewährten Einzelbeihilfe:

Die in dem genannten Erlass vorgesehenen Beihilfen gehen zu Lasten des Haushaltstitels 12.02.01.542.20.4, Linie T2349 des Haushaltsplans der Regionalregierung, und werden sich voraussichtlich auf 100 000 EUR belaufen.

Die für die Ausrottung und Bekämpfung des Schädlings vorgesehenen Pflanzenschutzmaßnahmen zu Lasten des Haushaltstitels 12.02.101.542.20.2 wurden mit rund 1 145 000 EUR angesetzt

Beihilfehöchstintensität: Bis zu 100 % des Marktwerts der vernichteten Pflanzen nach folgender Tabelle:

Tomaten	3 000 EUR/ha
Industrietomaten	1 800 EUR/ha
Kartoffeln	1 500 EUR/ha
Paprika	3 000 EUR/ha
Auberginen	1 900 EUR/ha

Bewilligungszeitpunkt: Der genannte Erlass tritt am Tag seiner Veröffentlichung im Diari Oficial de la Comunitat Valenciana (Amtsblatt der Autonomen Region Valencia) in Kraft

Laufzeit der Regelung bzw. Auszahlung der Einzelbeihilfe: Die Gültigkeit des Erlasses endet am 31.12.2008

Zweck der Beihilfe:

Mit dem genannten Erlass soll der Befall mit dem Schädling *Tuta absoluta* (Meyrick) in den Provinzen Castellón und Valencia amtlicherseits festgestellt werden.

Vorgesehen sind Beihilfen als Ausgleich für Verluste in den Fällen, in denen die Sachverständigen die sofortige Vernichtung der Anpflanzungen als die am besten geeignete und wirksamste Maßnahme erachten.

Die Beihilfen sind als Entschädigung für die im Zuge der Maßnahmen zur Ausrottung des Schädlings vernichteten Pflanzen bestimmt.

Artikel 10: Beihilfen zur Bekämpfung von Tierseuchen, Pflanzenkrankheiten und Schädlingsbefall

Betroffene Wirtschaftssektoren: Tomaten und Kartoffeln sowie weitere wild wachsende oder angebaute Nachtschattengewächse

Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde:

Conselleria de Agricultura, Pesca y Alimentación
C/ Amadeo de Saboya, nº 2
E-46010 Valencia

Internetadresse:

http://www.agricultura.gva.es/especiales/ayudas_agrarias/pdf/ayudas_erradicacion_control_tuta.pdf

Valencia, den 29. November 2007

El Director general de investigación y tecnología agroalimentaria P.S.

Secretario Autonómico de Agricultura, Pesca y Alimentación (Decreto nº 121/2007, de 27 de julio del Consell, artículo 3)
Fdo.: Vicente Riera Balbastre

Beihilfe Nr.: XA 105/08

Mitgliedstaat: Königreich Spanien

Region: —

Bezeichnung der Beihilferegulung: Ayudas para la renovación del parque nacional de maquinaria agrícola

Rechtsgrundlage: Proyecto de Real Decreto por el que se modifica el Real Decreto nº 1539/2006, de 15 de diciembre, por el que se regula la concesión de ayudas para la renovación del parque nacional de maquinaria agrícola (ayuda nº N 36/07 con Decisión de la Comisión de compatibilidad de 22 de marzo de 2007)

Voraussichtliche jährliche Kosten der Regelung: 10 Mio. EUR pro Jahr, entsprechend den im Gesamtstaatshaushalt vorgesehenen Mitteln

Beihilfeshöchstintensität:

Die Beihilfeobergrenze pro Begünstigten und pro Jahr beträgt höchstens 12 000 EUR bei der Anschaffung neuer Traktoren, 30 000 EUR bei der Anschaffung selbstfahrender Erntemaschinen bzw. 30 % der Investition in sonstige selbstfahrende Maschinen und Geräte sowie in vom Traktor gezogene Maschinen und Geräte.

Außerdem darf der Beihilfeshöchstbetrag die in Artikel 4 Absatz 9 der Verordnung (EG) Nr. 1857/2006 der Kommission vom 15. Dezember 2006 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 des EG-Vertrags auf staatliche Beihilfen an kleine und mittlere in der Erzeugung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen tätige Unternehmen und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 70/2001 festgesetzten Obergrenzen nicht überschreiten. Ferner dürfen die in Artikel 4 Absatz 2 der genannten Verordnung festgesetzten Prozentsätze der zuschussfähigen Investitionen nicht überschritten werden

Bewilligungszeitpunkt: Ab dem Datum der Veröffentlichung des Königlichen Erlasses zur Regelung dieser Beihilfen im *Boletín Oficial del Estado* (Staatsanzeiger)

Laufzeit der Regelung: Bis 2009 mit der Möglichkeit der jährlichen Verlängerung, sofern entsprechende Mittel im Gesamtstaatshaushalt vorgesehen sind, längstens jedoch bis zum 31.12.2013

Zweck der Beihilfe:

Förderung der Modernisierung des nationalen Fuhrparks von Traktoren und selbstfahrenden landwirtschaftlichen Maschinen durch den Ersatz dieser sehr alten Maschinen durch neue Traktoren und neue Maschinen, die aufgrund der Ausstattung mit moderner Technik die Arbeitsbedingungen verbessern, eine rationellere Energienutzung ermöglichen und umweltfreundlicher sind.

Die Beihilfe wird gemäß Artikel 4 Absatz 4 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 1857/2006 gewährt.

Diese Beihilfe wird für die Verschrottung von Traktoren bzw. selbstfahrenden Maschinen und Geräten bei gleichzeitigem Erwerb von neuen Traktoren bzw. neuen selbstfahrenden Maschinen und Geräten oder in dem Königlichen Erlass näher bezeichneten vom Traktor gezogenen neuen Maschinen und Geräten gewährt. Die zuschussfähigen Kosten werden nach der Leistung der verschrotteten Traktoren und selbstfahrenden Maschinen und Geräte (in PS) festgesetzt

Betroffene Wirtschaftssektoren: Landwirtschaft

Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde:

Ministerio de Agricultura, Pesca y Alimentación
Dirección General de Agricultura
Subdirección General de Medios de Producción Agrícolas
C/ Alfonso XII, nº 62 -3ª planta
E-28071 Madrid

Internetadresse:

<http://www.mapa.es/ministerio/pags/normas/PlanRenoveTA-31-01-08.pdf>

Sonstige Auskünfte: —

Beihilfe Nr.: XA 108/08

Mitgliedstaat: Frankreich

Region: —

Bezeichnung der Beihilferegulung: Aides à l'assistance technique dans le secteur agricole des départements d'Outre-mer (DOM)

Rechtsgrundlage:

— Articles L621-1 à L621-11, articles R621-1 à R621-43 et articles R684-1 à R684-12 du code rural

— Article 15 du règlement (CE) nº 1857/2006

— Projet de décision du directeur de l'ODEADOM relatif à un régime d'aides à l'assistance technique dans le secteur agricole des DOM

Voraussichtliche jährliche Kosten der Regelung: 797 740 EUR

Beihilfeshöchstintensität: Bis 100 %

Bewilligungszeitpunkt: Ab Eingang der Empfangsbestätigung der Kommission

Laufzeit der Regelung: Bis zum 31.12.2013

Zweck und Modalitäten der Beihilfe:

Es handelt sich um Beihilfen zur Durchführung von Maßnahmen zur technischen Unterstützung der DOM, die aus den Haushaltsmitteln des Amtes für die Entwicklung der Landwirtschaft in den überseeischen Departements (*Office de développement de l'économie agricole des départements d'Outre-mer*, ODEADOM) finanziert werden. Die Beihilfe kann mit einer etwaigen ähnlichen Beihilfe, die über das Programm POSEI France finanziert wird, nicht kumuliert werden.

Der Agrarsektor der DOM ist u. a. durch einen Mangel an Ausbildungsmöglichkeiten für lokale Experten auf dem Gebiet der Produktionstechnik gekennzeichnet. ODEADOM beabsichtigt daher, einmalige Einsätze von Sachverständigen oder Beratern vor Ort und Ausbildungslehrgänge für Produktionstechniker zu finanzieren, damit Erzeuger oder Erzeugergemeinschaften die zur Einführung, Weiterführung und Evaluierung derartiger Maßnahmen erforderliche Sachkenntnis bzw. Rat einholen können.

Mit der Beihilfe wird bezweckt, die Stichhaltigkeit der sektoriellen Programme zur Entwicklung der Agrarproduktion der DOM durch Evaluierung und Analyse zu verbessern, die Effizienz und Professionalität der Landwirte und Agrartechniker der Erzeugergemeinschaften oder Erzeugergruppierungen zu verbessern, Studien zu finanzieren und die für die Festlegung, Durchführung und Evaluierung von Qualitätsförderungsmaßnahmen unerlässlichen Empfehlungen zu vermitteln, Maßnahmen zu fördern, die dazu beitragen, dass überseeische Produkte besser bekannt werden, und das Image dieser Produkte sowohl in den Erzeugerregionen als auch auf dem Weltmarkt zu verbessern.

Die Beihilfen sollen insbesondere die Finanzierung eines technischen Austauschs zwischen dem Berufsstand in den DOM und/oder im Mutterland ermöglichen.

Gemäß Artikel 15 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 1857/2006 müssen die Beihilfen in Form von Sachleistungen durch bezuschusste Dienstleistungen gewährt werden und dürfen keine direkte Zahlung von Geldbeträgen an die Erzeuger umfassen.

Die Beihilfe betrifft die Maßnahmen gemäß Artikel 15 der genannten Verordnung und insbesondere:

- a) bei Aus- und Fortbildung von Landwirten und landwirtschaftlichen Arbeitnehmern: die Kosten der Veranstaltung eines Ausbildungsprogramms; die Reisekosten und Spesen der Teilnehmer; die Kosten für die Bereitstellung von Vertretungsdiensten während der Abwesenheit des Landwirts oder des landwirtschaftlichen Arbeitnehmers;
- b) bei Vertretungsdiensten: die tatsächlichen Kosten für die Vertretung des Landwirts, seines Partners oder eines landwirtschaftlichen Arbeitnehmers bei Krankheit und während der Urlaubszeit;
- c) bei Beratungsgebühren: das Entgelt für durch Dritte erbrachte Beratungsdienste, die nicht — wie etwa routinemäßige Steuer- oder Rechtsberatung oder Werbung — fortlaufend oder in regelmäßigen Abständen in Anspruch genommen werden oder zu den gewöhnlichen Betriebsausgaben gehören;
- d) bei Veranstaltung von und Teilnahme an Veranstaltungen zum Wissensaustausch zwischen Unternehmen, Wettbewerben, Ausstellungen und Messen: Teilnahmegebühren; Reisekosten, Kosten für Veröffentlichungen, die Miete für die Ausstellungsräume, symbolische Preise, die im Rahmen von Wettbewerben verliehen werden, bis zu einem Wert von 250 EUR je Preis und Gewinner;

- e) unter der Voraussetzung, dass keine bestimmten Unternehmen oder Handelsmarken genannt oder keine Ursprungsangaben gemacht werden: die Verbreitung wissenschaftlicher Erkenntnisse in allgemein verständlicher Form, Sachinformationen über Qualitätssysteme, die auch Erzeugnissen aus anderen Ländern offen stehen, und generische Sachinformationen über Erzeugnisse, ihre ernährungsphysiologischen Vorzüge und ihre vorgeschlagene Verwendung, sofern die Ursprungsangaben genau denen entsprechen, die von der Gemeinschaft eingetragen wurden;
- f) Veröffentlichungen wie etwa Kataloge oder Webseiten mit Sachinformationen über Erzeuger aus einer bestimmten Region oder Erzeuger eines bestimmten Produkts, sofern es sich um neutrale und neutral dargebotene Informationen handelt und alle betroffenen Erzeuger gleichermaßen die Möglichkeit haben, in der Veröffentlichung berücksichtigt zu werden

Betroffene Wirtschaftssektoren:

Obst und Gemüse (Nahrungsmittel- und Gemüseanbau, Wurzeln und Knollen, frisches Obst, Zitrusfrüchte, Trockenfrüchte), semipermanente Obstkulturen, Weinbau, Gartenbau, Aromapflanzen, Heilpflanzen, Duftpflanzen und Genussmittelpflanzen, Reis

Wiederkäuer und bodenunabhängige Produktionen

Zuckerrohr und Zucker

Name und Anschrift der zuständigen Behörde:

ODEADOM
12, rue Henri Rol-Tanguy
TSA 60006
F-93555 Montreuil Cedex

Internetadresse:

http://www.odeadom.fr/?page_id=12#5

Angaben der Mitgliedstaaten über staatliche Beihilfen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1857/2006 der Kommission über die Anwendung der Artikel 87 und 88 des EG-Vertrags auf staatliche Beihilfen an kleine und mittlere in der Erzeugung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen tätige Unternehmen und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 70/2001

(2008/C 159/05)

Beihilfe Nr.: XA 109/08

Mitgliedstaat: Frankreich

Region: Départements d'Outre-mer (DOM)

Bezeichnung der Beihilferegelung: Aides en faveur du secteur de l'élevage dans les départements d'Outre-mer (DOM)

Rechtsgrundlage:

- Articles L621-1 à L621-11, articles R621-1 à R621-43 et articles R684-1 à R684-12 du Code rural
- Artikel 16 der Verordnung (EG) Nr. 1857/2006
- Projet de décision du directeur de l'ODEADOM relatif à un régime d'aides en faveur du secteur de l'élevage dans les départements d'Outre-mer

Voraussichtliche jährliche Kosten der Regelung: 270 000 EUR

Beihilfeshöchstintensität:

- bis zu 100 % bei Beihilfen zu den Verwaltungskosten für das Anlegen und Führen von Herdbüchern,
- bis zu 70 % bei Beihilfen zu den Kosten für Tests, die durchgeführt werden, um die genetische Qualität und die Leistungsmerkmale der Tiere zu bestimmen,
- bis zu 40 % bei Investitionsbeihilfen für die Einführung innovativer Zuchtverfahren oder -praktiken in den Betrieben

Bewilligungszeitpunkt: Ab Eingang der Empfangsbestätigung der Kommission

Laufzeit der Regelung: Bis zum 31. Dezember 2013 bzw. bis zum 31. Dezember 2011 für die Investitionsbeihilfen zur Einführung innovativer Zuchtverfahren oder -praktiken

Zweck der Beihilfe und Bedingungen:

Es handelt sich um Beihilfen zur Unterstützung des Tierhaltungssektors in den Überseeischen Departements, die aus dem Haushalt des *Office de développement de l'économie agricole des départements d'Outre-mer* (ODEADOM) finanziert werden. Diese Beihilfe darf nicht mit ähnlichen Beihilfen kumuliert werden, die gegebenenfalls über das Programme POSEI France finanziert werden.

Mit dieser Beihilfe sollen folgende Maßnahmen gefördert werden:

- die genetische Verbesserung der landwirtschaftlichen Nutztiere durch den Einsatz innovativer Fortpflanzungstechniken (Embryotransfer, Einführung innovativer Zuchtverfahren oder -praktiken),
- das Anlegen, der Aufbau und das Führen von Herdbüchern für lokale Rassen,
- die Durchführung von Tests, um die genetische Qualität oder die Leistungsmerkmale der Tiere zu bestimmen (Leistungskontrolle, Resistenztest gegen Dermatophilose usw.).

Die Beihilfe wird für die Maßnahmen gemäß Artikel 16 der Verordnung (EG) Nr. 1857/2006 gewährt

Betroffene Wirtschaftssektoren: Haltung von Wiederkäuern und nicht flächengebundene Tierhaltung

Name und Anschrift der zuständigen Behörde:

ODEADOM
12, rue Henri Rol-Tanguy
TSA 60006
F-93555 Montreuil Cedex

Internetadresse:

http://www.odeadom.fr/?page_id=12#5

Beihilfe Nr.: XA 112/08

Mitgliedstaat: Frankreich

Region: Départements d'Outre-mer (DOM)

Bezeichnung der Beihilferegelung: Aides aux investissements dans les exploitations agricoles des départements d'Outre-mer (DOM)

Rechtsgrundlage:

- Articles L621-1 à L621-11, articles R621-1 à R621-43 et articles R684-1 à R684-12 du code rural
- Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 1857/2006
- Projet de décision du directeur de l'ODEADOM relatif à un régime d'aides portant sur les investissements dans les exploitations agricoles des DOM accordé conformément au règlement (CE) n° 1857/2006

Voraussichtliche jährliche Kosten der Regelung: 970 050 EUR

Beihilfeshöchstintensität: Bis zu 75 % der zuschussfähigen Investitionen

Bewilligungszeitpunkt: Ab Eingang der Empfangsbestätigung der Kommission

Laufzeit der Regelung: Bis zum 31.12.2013

Zweck der Beihilfe und Bedingungen:

Es handelt sich um Beihilfen für Investitionen in den Agrarsektor in den Überseeischen Departements, die aus dem Haushalt des *Office de développement de l'économie agricole des départements d'Outre-mer* (ODEADOM) finanziert werden. Diese Beihilfe darf nicht mit ähnlichen Beihilfen kumuliert werden, die gegebenenfalls aus dem Programm POSEI France finanziert wird.

Im Obst- und Gemüsesektor sowie im Gartenbau der DOM soll diese Beihilfe dazu beitragen, eine regelmäßige Versorgung der lokalen Märkte sicherzustellen, und zwar durch die Entwicklung einer landwirtschaftlichen Erzeugung, die in Menge und Qualität der Nachfrage gerecht wird. Außerdem soll damit eine Diversifizierung der Produktion tropischer Erzeugnisse gefördert werden. Ein weiteres Ziel ist, die Wettbewerbsfähigkeit der für die Ausfuhr bestimmten Erzeugnisse aus dem Anbau von Aromapflanzen und von Pflanzen für Riechstoffe zu verbessern.

Im Tierhaltungssektor sollen folgende Maßnahmen gefördert werden: die Verbesserung der Futterressourcen, der Ausbau der Produktion, die Ausstattung der Betriebe und die Schaffung und Verbesserung der Produktionsmittel, die Verbesserung der Hygienebedingungen und der Vorschriften im Bereich Tierschutz sowie die Senkung der Produktionskosten.

Zu den zuschussfähigen Ausgaben zählen insbesondere die Ausgaben für:

- Errichtung, Erwerb oder Modernisierung von unbeweglichem Vermögen;
- Kauf oder Leasingkauf von Maschinen oder Anlagen einschließlich Computer-Software, bis zum marktüblichen Wert des Wirtschaftsguts;
- allgemeine Aufwendungen im Zusammenhang mit den unter den Buchstaben a und b genannten Ausgaben, zum Beispiel für Architekten- und Ingenieurleistungen, Durchführbarkeitsstudien und den Erwerb von Patentrechten und Lizenzen;
- Anpassung an Mindestanforderungen an den Umweltschutz, die Hygienebedingungen und den Tierschutz;
- Erwerb von Grundstücken, außer für Bauzwecke; in diesem Fall können für Kosten von bis zu 10 % der zuschussfähigen Ausgaben der Investitionen Beihilfen gewährt werden.

Der Höchstbetrag, der einem einzelnen Unternehmen gewährt wird, darf 500 000 EUR nicht übersteigen

Betroffene Wirtschaftssektoren:

Obst- und Gemüsesektor (Nahrungsmittel- und Gemüseanbau, Wurzel- und Knollenfrüchte, Frischobst, Zitrusfrüchte, Trockenfrüchte), Anbau von Staudenfrüchten, Weinbau, Gartenbau, Anbau von Heil- und Aromapflanzen, Duftpflanzen und Pflanzen für Riechstoffe, Pflanzen mit stimulierender Wirkung und Reis.

Haltung von Wiederkäuern (Fleisch- und Milchvieh; Schafe und Ziegen) und nicht flächengebundene Tierhaltung (Schweine, Geflügel und Kaninchen)

Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde:

ODEADOM
12, rue Henri Rol-Tanguy
TSA 60006
F-93555 Montreuil Cedex

Internetadresse:

http://www.odeadom.fr/?page_id=12#5

Beihilfe Nr.: XA 113/08

Mitgliedsstaat: Zypern

Region: —

Bezeichnung der Beihilferegelung bzw. bei Einzelbeihilfen
Name des begünstigten Unternehmens: Σχέδιο παραχώρησης

αποζημίωσης για τις ζημιές που προκλήθηκαν από άκαρες βροχοπτώσεις σε χορτομάζα σιτηρών ή ψυχανθών κτηνοτροφικών φυτών για σανοποίηση

Rechtsgrundlage: Απόφαση Υπουργικού Συμβουλίου με ημερομηνία 6.2.2008

Voraussichtliche jährliche Kosten der Regelung bzw. Gesamtbetrag der einem Unternehmen gewährten Einzelbeihilfe: Der Gesamtbetrag in Höhe von 1 869 939 EUR wird voraussichtlich vollständig innerhalb des ersten Halbjahres 2008 gebunden

Beihilfehöchstintensität: Die Beihilfeintensität entspricht in benachteiligten Gebieten 80 % bzw. in nicht benachteiligten Gebieten 90 % der Differenz zwischen dem Produktionswert im Jahr 2007 (Durchschnittsertrag multipliziert mit dem Durchschnittspreis) und dem normalen Produktionswert der normalen Erzeugung (Durchschnittsertrag des Referenzzeitraums multipliziert mit dem Durchschnittspreis im selben Zeitraum (vorhergehender Dreijahreszeitraum))

Bewilligungszeitpunkt: Die Beihilfen können ab Bewilligung der Beihilferegelung (Februar 2008) gewährt werden

Laufzeit der Regelung bzw. Auszahlung der Einzelbeihilfe: Die Regelung wird am 30. Juni 2008 ablaufen

Zweck der Beihilfe:

Die Beihilferegelung beruht auf Artikel 11 der Verordnung (EG) Nr. 1857/2006 und sieht Beihilfen zum Ausgleich von Verlusten an Pflanzen(Heu) vor, die Landwirten durch Naturkatastrophen gleichzusetzende widrige Witterungsverhältnisse (jahreszeitlich unübliche Regenfälle im Mai 2007) entstanden sind.

Im Mai 2007 entstanden durch jahreszeitlich unübliche Regenfälle Schäden an der zum Trocknen vor der Bündelung (Ballenpressung) gemähten oberirdischen Biomasse von Getreide- oder Leguminosefütterpflanzen.

Die Regenfälle fanden in ganz Zypern statt und dauerten vom 8. bis zum 18. Mai 2007 mit Höhepunkten am 11. Mai 2007 und am 17. Mai 2007. Die gesamte Niederschlagsmenge in den Gebieten, in denen die Schäden verzeichnet wurden, betrug 219 % bis 920 % der normalen Niederschlagsmenge. Auf die Regenfälle folgte ein 15-tägiger Zeitraum mit gutem Wetter, welcher in der Regel die Zeit der Heuherstellung ist.

Schäden entstanden auf 10 510,4 Hektar mit Getreide (Gerste, Weizen, Hafer und Weidelgras) und auf 920,1 Hektar mit Futterleguminosen (Wicke, Erbsen, Gelbe Erbsen, Ackerbohnen) bebauten Flächen.

Die Begünstigten dieser Regelung sind (kleine oder mittlere) landwirtschaftliche Betriebe, denen durch die jahreszeitlich ungewöhnlichen Regenfälle im Mai 2007 Schäden von über 30 % der aufgrund des vorhergegangenen Dreijahreszeitraums berechneten durchschnittlichen Jahresproduktion einer vergleichbaren Kultur entstanden sind und die rechtzeitig eine „Schadensmeldung“ nebst aller erforderlichen Unterlagen eingereicht haben.

Die Daten über die Durchschnittserträge und Preise im Referenzzeitraum sowie im Schadensjahr stammen vom Statistischen Amt des Ministeriums für Wirtschaft.

Der Schaden je landwirtschaftlichen Betrieb wurde nach den Regeln der Landwirtschaftsschätzung von Beamten der Provinzbüros für Agrarwesen geschätzt

Betroffene Wirtschaftssektoren: Die Regelung betrifft nur die Pflanzenproduktion und konkret die Produktion von Getreide und Futterleguminosen

Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde:

Υπουργείο Γεωργίας, Φυσικών Πόρων και Περιβάλλοντος
Λεωφόρος Λουκή Ακρίτα
CY-1412 Λευκωσία

Internetadresse: www.moa.gov.cy/da

Sonstige Auskünfte:

Christodoulos Fotiou
Stellv. Direktor
Abteilung Landwirtschaft
Des Ministeriums für Agrarwesen, Naturressourcen und Umwelt

7. Februar 2008

Beihilfe Nr.: XA 114/08

Mitgliedsstaat: Zypern

Region: —

Bezeichnung der Beihilferegelung bzw. bei Einzelbeihilfen

Name des begünstigten Unternehmens: Αποζημιώσεις/ ενίσχυση κτηνοτρόφων για την απώλεια εισοδήματος που προκύπτει από τους κτηνιατρικούς περιορισμούς που έχουν τεθεί λόγω αφρώδους πυρετού (παράταση διάρκειας)

Rechtsgrundlage: Απόφαση Υπουργικού Συμβουλίου με ημερομηνία 5.12.2007

Voraussichtliche jährliche Kosten der Regelung bzw. Gesamtbetrag der einem Unternehmen gewährten Einzelbeihilfe: Der Mittelansatz für 2008 beläuft sich auf 5 126 000 EUR

Beihilfeshöchstintensität: Die Beihilfeshöchstintensität beträgt 100 %, maximal jedoch 120 000 EUR pro Schweinezuchtbetrieb und 17 000 CYP pro Schaf- oder Ziegenzuchtbetrieb und Rinderzuchtbetrieb

Bewilligungszeitpunkt: Februar 2008

Laufzeit der Regelung bzw. Auszahlung der Einzelbeihilfe: 31.3.2008

Zweck der Beihilfe:

Ziel der angekündigten Maßnahme ist die Bewilligung von Entschädigungen für Einkommenseinbußen von Schweine-, Ziegen-, Schaf- und Rinderzüchtern, die von den beschränkenden Auflagen betroffen sind, die die staatlichen Behörden nach dem von einem Gemeinschaftslabor erbrachten Nachweis von Fällen von Maul- und Klauenseuche auf Zypern verhängt haben⁽¹⁾. Konkret gestatteten die verhängten Maßnahmen unter anderem keinen Export von Schweinen, Schweinefleisch und -sperma sowie anderen Fleischprodukten. Dies führt zu einer Erhöhung des Gewichts der Tiere und besonders zu einer Erhöhung der Haltungsdichte zulasten des Wohlbefindens der Tiere. Für die Verbesserung des Wohlbefindens der Tiere müssen sofort eine Anzahl an übergewichtigen Tieren entfernt werden. Den Tierhaltern ist eine Beihilfe für die entstehenden Einkommenseinbußen zu gewähren. Außerdem sieht die Maßnahme Beihilfen für Einkommenseinbußen durch den Nichtvertrieb von Kopf, Leber und Sperma der Tiere vor. Den Ziegen- und Schafzüchtern schließlich werden Entschädigungen für zusätzliche Futtermittelkosten infolge des Verbotes der Freilandhaltung der Tiere innerhalb der 10 km-Schutzzone gewährt.

Die Maßnahme beruht auf Artikel 10 der Verordnung (EG) Nr. 1857/2006, demzufolge Beihilfen in Höhe von 100 % für Einkommenseinbußen aufgrund von Quarantäneauflagen für Lebendvieh gewährt werden können

Betroffene Wirtschaftssektoren: Tierhaltung (Schweine, Ziegen- und Schaf-, Rinderhaltung)

Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde:

Υπουργείο Γεωργίας, Φυσικών Πόρων και Περιβάλλοντος
Λεωφόρος Λουκή Ακρίτα
CY-1412 Λευκωσία

Internetadresse: www.moa.gov.cy

Sonstige Auskünfte:

Die vorliegende Maßnahme stellt eine Änderung der Beihilferegelung XA 398/07 mit der Bezeichnung „Entschädigungen/ Beihilfen an Viehzüchter für Einkommenseinbußen aufgrund der wegen der Maul- und Klauenseuche verhängten veterinärmedizinischen Auflagen“ dar; daher können Anträge bis 20. Februar 2008 statt bis 31. Januar 2008 eingereicht werden und alle Maßnahmen werden bis 31. März 2008 statt bis 29. Februar 2008 abgeschlossen. Der 31. März 2008 ist auch der letzte Bewilligungszeitpunkt für Anträge

Sotiris Ch. Michaël
Für den Generaldirektor des Ministeriums für Agrarwesen, Naturressourcen und Umwelt

15. Februar 2008

⁽¹⁾ Siehe auch die Entscheidung 2007/718/EG der Kommission vom 6. November 2007 mit bestimmten Maßnahmen zum Schutz gegen die Maul- und Klauenseuche in Zypern (ABl. L 289 vom 7.11.2007, S. 45).

Beihilfe Nr.: XA 115/08

Mitgliedstaat: Frankreich

Region: Départements d'Outre-mer (DOM)

Bezeichnung der Beihilferegelung: Aides destinées à encourager la production de produits agricoles de qualité dans les départements d'Outre-mer

Rechtsgrundlage:

— Articles L621-1 à L621-11, articles R621-1 à R621-43 et articles R684-1 à R684-12 du code rural

— Artikel 14 der Verordnung (EG) Nr. 1857/2006

— Projet de décision du directeur de l'ODEADOM relatif à un régime d'aides destinées à encourager la production de produits agricoles de qualité dans les départements d'Outre-mer

Voraussichtliche jährliche Kosten der Regelung: 453 000 EUR

Beihilfeshöchstintensität: Bis 100 %

Bewilligungszeitpunkt: Ab Eingang der Empfangsbestätigung der Kommission

Laufzeit: Bis zum 31.12.2013

Zweck der Beihilfe und Bedingungen:

Es handelt sich um Beihilfen zur Förderung der Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse von hoher Qualität, die aus dem Haushalt des *Office de développement de l'économie agricole des départements d'Outre-mer* (ODEADOM) finanziert werden. Diese Beihilfe darf nicht mit ähnlichen Beihilfen kumuliert werden, die gegebenenfalls aus dem Programm POSEI France finanziert werden.

Zweck der Beihilfe ist, den Wert der landwirtschaftlichen Produktion in den DOM durch Marktforschungstätigkeiten sowie durch Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen zu verbessern und so dem Agrarsektor zu helfen, sich an die Verbrauchernachfrage anzupassen: Hauptziel der Beihilfemaßnahmen ist also eine Verbesserung der Qualität der landwirtschaftlichen Erzeugnisse.

Diese Beihilfen sollen einen Beitrag zur Finanzierung von Maßnahmen leisten, die die Einführung eines Qualitätssicherungssystems oder die Anerkennung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse zum Ziel haben. Zweck dieser Finanzierungsbeihilfen ist, die landwirtschaftlichen Erzeuger zu ermutigen, die Qualität ihrer Erzeugnisse zu verbessern und dafür Sorge zu tragen, dass diese Qualität auch vom Käufer honoriert wird. Dies wird zu einem höheren Mehrwert der lokalen Produkte führen, und der Hinweis auf die Einhaltung von Qualitätsnormen oder der Erwerb von Zertifizierungen wird dem Käufer Gewissheit geben, was die Qualität der Produkte betrifft. Bei Produkten, die nur in geringen Mengen produziert werden und zudem einem starken Wettbewerb ausgesetzt sind, können diese Maßnahmen den Zugang zu Marktnischen (Fremdenverkehr, lokaler Markt usw.) und eine bessere Valorisierung der Produkte sicherstellen.

Diese Beihilfe ermöglicht es den ortsansässigen Betrieben, Marktstudien zu finanzieren, um den lokalen Markt und seine Entwicklung besser einschätzen (Bedarf, Absatzmärkte usw.) und die Produktion entsprechend den Ergebnissen dieser Studien anpassen zu können. Auf diese Weise sollen den landwirtschaftlichen Erzeugern höhere Marktanteile auf dem Binnenmarkt gesichert werden (mit dem Ziel einer besseren Versorgung des lokalen Marktes). Darüber hinaus können mit dieser Beihilfe

auch vor der Gründung neuer Betriebe oder der Lancierung neuer Verarbeitungsprodukte Marktstudien finanziert werden, um im Voraus die Marktchancen und die Wirtschaftlichkeit dieser Produkte abschätzen zu können.

Ein Beispiel für den Nutzen dieser Studien ist der Bananensektor, dessen Stellung auf dem Weltmarkt in regelmäßigen Abständen überprüft werden muss, um regelmäßig die strategische Ausrichtung des Sektors anzupassen.

Die Beihilfe wird für die Maßnahmen gewährt, die in Artikel 14 der Verordnung (EG) Nr. 1857/2006 aufgeführt sind.

Im Einklang mit Absatz 5 des genannten Artikels wird die Beihilfe in Form von Sachleistungen gewährt und umfasst keine direkte Zahlung von Geldbeträgen an die Erzeuger. Diese Beihilfe steht in Übereinstimmung mit Artikel 14 Absatz 6 der Freistellungsverordnung allen landwirtschaftlichen Betriebsinhabern in dem betreffenden Gebiet zur Verfügung, sofern sie gewisse objektiv definierte Kriterien erfüllen

Betroffene Wirtschaftssektoren:

Obst- und Gemüsesektor (Nahrungsmittelanbau und Gemüseanbau, Wurzel- und Knollenfrüchte, Frischobst, Zitrusfrüchte, Trockenfrüchte), Obstanbau, Weinbau, Gartenbau, Heil- und Aromapflanzen, Duftpflanzen und Pflanzen für Riechstoffe, Pflanzen mit stimulierender Wirkung und Reis.

Haltung von Wiederkäuern und nicht flächengebundene Tierhaltung.

Zuckerrohrsektor.

Bananensektor

Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde:

ODEADOM
12, rue Henri Rol-Tanguy
TSA 60006
F-93555 Montreuil Cedex

Internetadresse:

http://www.odeadom.fr/?page_id=12#5

Angaben der Mitgliedstaaten über staatliche Beihilfen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1857/2006 der Kommission über die Anwendung der Artikel 87 und 88 des EG-Vertrags auf staatliche Beihilfen an kleine und mittlere in der Erzeugung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen tätige Unternehmen und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 70/2001

(2008/C 159/06)

Nummer der Beihilfe: XA 274/07

Mitgliedstaat: Republik Slowenien

Region: Območje občine Hajdina

Bezeichnung der Beihilferegulierung bzw. bei Einzelbeihilfen Name des begünstigten Unternehmens: Pravilnik o dodeljevanju državnih in drugih pomoči, ter ukrepov za programe razvoja podeželja v občini Hajdina

Rechtsgrundlage: Pravilnik o dodeljevanju državnih in drugih pomoči ter ukrepov za programe razvoja podeželja v občini Hajdina

Voraussichtliche jährliche Kosten der Regelung bzw. Gesamtbetrag der einem Unternehmen gewährten Einzelbeihilfe:

2007: 36 181 EUR

2008: 37 047 EUR

2009: 37 935 EUR

2010: 38 845 EUR

2011: 39 776 EUR

2012: 40 729 EUR

2013: 41 705 EUR

Beihilfeshöchstintensität:

1. *Investitionen in landwirtschaftlichen Betrieben zur Primärproduktion:*

- bis zu 50 % der zuschussfähigen Kosten in benachteiligten Gebieten,
- bis zu 40 % der zuschussfähigen Kosten in anderen Gebieten,
- bis zu 50 % der zuschussfähigen Kosten in anderen Gebieten, wenn die Investitionen von Junglandwirten innerhalb von fünf Jahren nach ihrer Niederlassung getätigt werden.

Beihilfen werden für Investitionen in folgenden Bereichen gewährt: Modernisierung von landwirtschaftlichen Objekten, Kauf von Maschinen und Anlagen zur landwirtschaftlichen Primärerzeugung, Investitionen in Dauerkulturen, Maßnahmen der Bodenverbesserung, Erschließung und Neuordnung von Weideland.

2. *Erhaltung von Kulturlandschaften und Gebäuden:*

- für Investitionen in nichtproduktive Objekte bis zu 100 % der tatsächlich entstandenen Kosten,
- für Investitionen in produktive Teile landwirtschaftlicher Betriebe bis zu 60 % der tatsächlich entstandenen Kosten, sofern die Investition nicht zu einer Steigerung der Produktionskapazität des Betriebs führt,
- zusätzlich bis zu 100 % der Mehrkosten, die durch die Verwendung traditioneller, für den Erhalt des kulturellen Erbes eines Gebäudes erforderlicher Materialien anfallen.

3. *Beihilfen zur Zahlung von Versicherungsprämien:*

- die Höhe der Kofinanzierung durch die Gemeinde entspricht der Differenz zwischen der Höhe der aus dem nationalen Haushalt kofinanzierten Versicherungsprämie und 50 % der zuschussfähigen Kosten für die Versicherung von Saat- und Erntegut sowie die Versicherung von Vieh gegen Krankheiten.

4. *Beihilfen für die Flurbereinigung:*

- bis zu 100 % der tatsächlich entstandenen Rechtskosten und Verwaltungsgebühren.

5. *Bereitstellung technischer Hilfe:*

- bis zu 100 % der Kosten in folgenden Bereichen: Aus- und Fortbildung von Landwirten, Beratungsdienste, Organisation von Veranstaltungen, Wettbewerben, Ausstellungen und Messen, Veröffentlichungen, Kataloge, Webseiten, Vertretungskosten. Die Beihilfe muss in Form von Sachleistungen durch bezuschusste Dienstleistungen gewährt werden und darf keine direkte Zahlung von Geldbeträgen an die Erzeuger umfassen

Bewilligungszeitpunkt: Oktober 2007 (Die Beihilfe wird nicht vor Veröffentlichung der Kurzbeschreibung auf der Website der Kommission gewährt)

Laufzeit der Regelung bzw. Auszahlung der Einzelbeihilfe: Bis zum 31.12.2008

Zweck der Beihilfe: Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen

Angabe der betreffenden Artikel der Verordnung (EG) Nr. 1857/2006 und zuschussfähige Kosten:

Kapitel II des Vorschlags für eine Verordnung über die Gewährung staatlicher und anderer Beihilfen sowie über Maßnahmen für die Programme zur Entwicklung des ländlichen Raums in der Gemeinde Hajdina beinhaltet die Maßnahmen, die gemäß den folgenden Artikeln der Verordnung (EG) Nr. 1857/2006 der Kommission vom 15. Dezember 2006 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 des EG-Vertrags auf staatliche Beihilfen an kleine und mittlere in der Erzeugung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen tätige Unternehmen und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 70/2001 (ABl. L 358 vom 16.12.2006, S. 3) eine staatliche Beihilfe darstellen:

- Artikel 4: Investitionen in landwirtschaftlichen Betrieben,
- Artikel 5: Erhaltung von Kulturlandschaften und Gebäuden,
- Artikel 12: Beihilfen zur Zahlung von Versicherungsprämien,
- Artikel 13: Beihilfen für die Flurbereinigung,
- Artikel 15: Bereitstellung technischer Hilfe im Agrarsektor

Betroffene Wirtschaftssektoren: Agrarsektor

Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde:

Občina Hajdina
Zg. Hajdina 44a
SLO-2288 Hajdina

Internetadresse:

<http://ls.lex-localis.info/UradnoGlasilObcin/VsebinaDokumenta.aspx?SectionID=bfd5d90f-91dd-4eeb-b215-244c937c8fdb>

Sonstige Angaben:

Die Beihilfe zur Zahlung von Versicherungsprämien für Versicherungen von Saat- und Erntegut umfasst die folgenden widrigen, Naturkatastrophen gleichzusetzenden Witterungsverhältnisse: Spätfrost, Hagel, Blitzschlag, Feuer durch Blitzschlag, Sturm, Überschwemmungen.

Die Gemeindeverordnung erfüllt die Bedingungen der Verordnung (EG) Nr. 1857/2006 betreffend die von der Gemeinde geplanten Maßnahmen sowie die gemeinsamen Bestimmungen (vor Gewährung einer Beihilfe zu beachtende Schritte, Kumulierung, Transparenz und Überwachung)

Valerija ŠAMPRL

Nummer der Beihilfe: XA 275/07

Mitgliedstaat: Republik Slowenien

Region: Območje občine Kozje

Bezeichnung der Beihilferegelung bzw. bei Einzelbeihilfen Name des begünstigten Unternehmens: Pomoči za ohranjanje in razvoj kmetijstva in podeželja v občini Kozje za programsko obdobje 2007–2013

Rechtsgrundlage: Pravilnik o dodeljevanju pomoči za ohranjanje in razvoj kmetijstva in podeželja v občini Kozje za programsko obdobje 2007–2013

Voraussichtliche jährliche Kosten der Regelung bzw. Gesamtbetrag der einem Unternehmen gewährten Einzelbeihilfe:

2007: 48 615 EUR

2008: 48 615 EUR

2009: 48 615 EUR

2010: 50 000 EUR

2011: 50 000 EUR

2012: 55 000 EUR

2013: 55 000 EUR

Beihilfeshöchstintensität:**1. Investitionen in landwirtschaftlichen Betrieben zur Primärproduktion:**

- bis zu 50 % der zuschussfähigen Kosten in benachteiligten Gebieten,
- bis zu 40 % der zuschussfähigen Kosten in anderen Gebieten,
- bis zu 60 % der zuschussfähigen Kosten in benachteiligten Gebieten und bis zu 50 % der zuschussfähigen Kosten in anderen Gebieten, wenn die Investitionen von Junglandwirten innerhalb von fünf Jahren nach ihrer Niederlassung getätigt werden.

Beihilfen werden für Investitionen in folgenden Bereichen gewährt: Modernisierung landwirtschaftlicher Betriebe zur tierischen und pflanzlichen Erzeugung, Erschließung und

Neuordnung von Weideland, von Agrarflächen und Zugängen.

2. Erhaltung von Kulturlandschaften und Gebäuden:

- für Investitionen in nichtproduktive Objekte bis zu 100 % der tatsächlich entstandenen Kosten,
- für Investitionen in produktive Teile landwirtschaftlicher Betriebe bis zu 75 % der tatsächlich entstandenen Kosten in benachteiligten Gebieten und bis zu 60 % in anderen Gebieten, sofern die Investition nicht zu einer Steigerung der Produktionskapazität des Betriebs führt,
- zusätzlich bis zu 100 % der Mehrkosten, die durch die Verwendung traditioneller, für den Erhalt des kulturellen Erbes eines Gebäudes erforderlicher Materialien anfallen.

3. Im öffentlichen Interesse durchgeführte Aussiedlungen:

- bis zu 100 % der tatsächlichen Kosten, sofern die Aussiedlung lediglich im Abbau, Entfernen und Wiederaufbau betrieblicher Einrichtungen besteht,
- Bewirkt die Aussiedlung, dass der Landwirt aus moderner gestalteten Einrichtungen Nutzen zieht, so leistet dieser einen Beitrag von mindestens 60 % bzw. in benachteiligten Gebieten 50 % der Wertsteigerung der Einrichtung nach der Aussiedlung. Bei Junglandwirten beläuft sich dieser Beitrag auf mindestens 55 % bzw. 45 %,
- hat die Aussiedlung eine Erhöhung der Produktionskapazitäten zur Folge, so leistet der Begünstigte einen Beitrag von mindestens 60 % bzw. in benachteiligten Gebieten 50 % der mit der Kapazitätserhöhung zusammenhängenden Ausgaben. Bei Junglandwirten beläuft sich dieser Beitrag auf mindestens 55 % bzw. 45 %.

4. Beihilfen zur Zahlung von Versicherungsprämien:

- die Höhe der Kofinanzierung durch die Gemeinde entspricht der Differenz zwischen der Höhe der aus dem nationalen Haushalt kofinanzierten Versicherungsprämie und 50 % der zuschussfähigen Kosten für die Versicherung von Saat- und Erntegut sowie die Versicherung von Vieh gegen Krankheiten.

5. Beihilfen für die Flurbereinigung:

- bis zu 100 % der zuschussfähigen Rechtskosten und Verwaltungsgebühren.

6. Beihilfen zur Förderung der Erzeugung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen hoher Qualität:

- bis zu 100 % der tatsächlich entstandenen Kosten in Form von Sachleistungen durch bezuschusste Dienstleistungen; sie dürfen keine direkte Zahlung von Geldbeträgen an die Erzeuger umfassen.

7. Bereitstellung technischer Hilfe:

- bis zu 100 % der Kosten in folgenden Bereichen: Aus- und Fortbildung, durch Dritte erbrachte Beratungsdienste, Organisation von Veranstaltungen, Wettbewerben, Ausstellungen und Messen, Veröffentlichungen, Webseiten. Die Beihilfe muss in Form von Sachleistungen durch bezuschusste Dienstleistungen gewährt werden und darf keine direkte Zahlung von Geldbeträgen an die Erzeuger umfassen

Bewilligungszeitpunkt: Oktober 2007 (Die Beihilfe wird nicht vor Veröffentlichung der Kurzbeschreibung auf der Website der Europäischen Kommission gewährt)

Laufzeit der Regelung bzw. Auszahlung der Einzelbeihilfe:
Bis zum 31.12.2013

Zweck der Beihilfe: Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen

Angabe der betreffenden Artikel der Verordnung (EG) Nr. 1857/2006 und zuschussfähige Kosten:

Kapitel II des Vorschlags für eine Verordnung über die Gewährung von Beihilfen zur Erhaltung und Entwicklung der Landwirtschaft und des ländlichen Raums in der Gemeinde Kozje im Zeitraum 2007-2013 beinhaltet die Maßnahmen, die gemäß den folgenden Artikeln der Verordnung (EG) Nr. 1857/2006 der Kommission vom 15. Dezember 2006 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 des EG-Vertrags auf staatliche Beihilfen an kleine und mittlere in der Erzeugung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen tätige Unternehmen und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 70/2001 (ABl. L 358 vom 16.12.2006, S. 3) eine staatliche Beihilfe darstellen:

- Artikel 4: Investitionen in landwirtschaftlichen Betrieben,
- Artikel 5: Erhaltung von Kulturlandschaften und Gebäuden,
- Artikel 6: Im öffentlichen Interesse durchgeführte Aussiedlungen,
- Artikel 12: Beihilfen zur Zahlung von Versicherungsprämien,
- Artikel 13: Beihilfen für die Flurbereinigung,
- Artikel 14: Beihilfen zur Förderung der Erzeugung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen hoher Qualität,
- Artikel 15: Bereitstellung technischer Hilfe im Agrarsektor

Betroffene Wirtschaftssektoren: Agrarsektor

Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde:

Občina Kozje
Kozje 37
SLO-3260 Kozje

Internetadresse:

<http://www.uradni-list.si/1/ulonline.jsp?urlid=200787&dhid=91626>

Sonstige Angaben:

Die Beihilfe zur Zahlung von Versicherungsprämien für Versicherungen von Saat- und Erntegut umfasst die folgenden widrigen, Naturkatastrophen gleichzusetzenden Witterungsverhältnisse: Spätfrost, Hagel, Blitzschlag, Feuer durch Blitzschlag, Sturm, Überschwemmungen.

Die Gemeindeverordnung erfüllt die Bedingungen der Verordnung (EG) Nr. 1857/2006 betreffend die von der Gemeinde geplanten Maßnahmen sowie die gemeinsamen Bestimmungen (vor Gewährung einer Beihilfe zu beachtende Schritte, Kumulierung, Transparenz und Überwachung)

Župan občine Kozje
Dušan Andrej KOČMAN

Nummer der Beihilfe: XA 280/07

Mitgliedstaat: Republik Slowenien

Region: Območje občine Nazarje

Bezeichnung der Beihilferegelung bzw. bei Einzelbeihilfen Name des begünstigten Unternehmens: Pomoči za ohranjanje in razvoj kmetijstva in podeželja v občini Nazarje za programsko obdobje 2007–2013

Rechtsgrundlage: Pravilnik o dodeljevanju pomoči za ohranjanje in razvoj kmetijstva, in podeželja v občini Nazarje za programsko obdobje 2007–2013 (II. Poglavlje)

Voraussichtliche jährliche Kosten der Regelung bzw. Gesamtbetrag der einem Unternehmen gewährten Einzelbeihilfe:

2007: 14 700 EUR
2008: 14 700 EUR
2009: 15 500 EUR
2010: 15 500 EUR
2011: 15 500 EUR
2012: 15 500 EUR
2013: 15 500 EUR

Beihilfehöchstintensität:

1. *Investitionen in landwirtschaftlichen Betrieben zur Primärproduktion:*
 - bis zu 50 % der zuschussfähigen Kosten in benachteiligten Gebieten,
 - bis zu 40 % der zuschussfähigen Kosten in anderen Gebieten,
 - bis zu 60 % der zuschussfähigen Kosten in benachteiligten Gebieten und bis zu 50 % der zuschussfähigen Kosten in anderen Gebieten, wenn die Investitionen von Junglandwirten innerhalb von fünf Jahren nach ihrer Niederlassung getätigt werden.

Beihilfen werden für Investitionen in folgenden Bereichen gewährt: Modernisierung von landwirtschaftlichen Objekten, Kauf von Maschinen und Anlagen zur landwirtschaftlichen Erzeugung, Investitionen in Dauerkulturen, Maßnahmen der Bodenverbesserung, Erschließung und Neuordnung von Weideland.

2. *Erhaltung von Kulturlandschaften und Gebäuden:*

- für Investitionen in nichtproduktive Objekte bis zu 100 % der tatsächlich entstandenen Kosten,
- für Investitionen in produktive Teile landwirtschaftlicher Betriebe bis zu 75 % der tatsächlich entstandenen Kosten in benachteiligten Gebieten und bis zu 60 % in anderen Gebieten, sofern die Investition nicht zu einer Steigerung der Produktionskapazität des Betriebs führt,
- zusätzlich bis zu 100 % der Mehrkosten, die durch die Verwendung traditioneller, für den Erhalt des kulturellen Erbes eines Gebäudes erforderlicher Materialien anfallen.

3. *Im öffentlichen Interesse durchgeführte Aussiedlungen:*

- bis zu 100 % der tatsächlichen Kosten, sofern die Aussiedlung lediglich im Abbau, Entfernen und Wiederaufbau betrieblicher Einrichtungen besteht,

- Bewirkt die Aussiedlung, dass der Landwirt aus moderner gestalteten Einrichtungen Nutzen zieht, so leistet dieser einen Beitrag von mindestens 60 % bzw. in benachteiligten Gebieten 50 % der Wertsteigerung der Einrichtung nach der Aussiedlung. Bei Junglandwirten beläuft sich dieser Beitrag auf mindestens 55 % bzw. 45 %,
 - hat die Aussiedlung eine Erhöhung der Produktionskapazitäten zur Folge, so leistet der Begünstigte einen Beitrag von mindestens 60 % bzw. in benachteiligten Gebieten 50 % der mit der Kapazitätserhöhung zusammenhängenden Ausgaben.
4. *Beihilfen zur Zahlung von Versicherungsprämien:*
- die Beihilfe der Gemeinde entspricht der Differenz zwischen der Höhe der aus dem nationalen Haushalt kofinanzierten Versicherungsprämie und 50 % der zuschussfähigen Kosten für die Versicherung von Saat- und Erntegut sowie die Versicherung von Vieh gegen Krankheiten.
5. *Beihilfen für die Flurbereinigung:*
- bis zu 100 % der tatsächlich entstandenen Rechtskosten und Verwaltungsgebühren.
6. *Beihilfen zur Förderung der Erzeugung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen hoher Qualität:*
- bis zu 100 % der zuschussfähigen Kosten in Form von Sachleistungen durch bezuschusste Dienstleistungen; sie dürfen keine direkte Zahlung von Geldbeträgen an die Erzeuger umfassen.
7. *Bereitstellung technischer Hilfe:*
- bis zu 100 % der Kosten in folgenden Bereichen: Aus- und Fortbildung von Landwirten, Beratungsdienste, Organisation von Veranstaltungen, Wettbewerben, Ausstellungen und Messen, Veröffentlichungen, Kataloge, Webseiten, Vertretungskosten. Die Beihilfe muss in Form von Sachleistungen durch bezuschusste Dienstleistungen gewährt werden und darf keine direkte Zahlung von Geldbeträgen an die Erzeuger umfassen

Bewilligungszeitpunkt: Oktober 2007 (Die Beihilfe wird nicht vor Veröffentlichung der Kurzbeschreibung auf der Website der Kommission gewährt)

Laufzeit der Regelung bzw. Auszahlung der Einzelbeihilfe: Bis zum 31.12.2013

Zweck der Beihilfe: Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen

Angabe der betreffenden Artikel der Verordnung (EG) Nr. 1857/2006 und zuschussfähige Kosten:

Kapitel II des Vorschlags für eine Verordnung über die Gewährung von Beihilfen zur Erhaltung und Entwicklung der Landwirtschaft und des ländlichen Raums in der Gemeinde Nazarje im Zeitraum 2007-2013 beinhaltet die Maßnahmen, die gemäß den folgenden Artikeln der Verordnung (EG) Nr. 1857/2006 der Kommission vom 15. Dezember 2006 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 des EG-Vertrags auf staatliche Beihilfen an kleine und mittlere in der Erzeugung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen tätige Unternehmen und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 70/2001 (ABl. L 358 vom 16.12.2006, S. 3) eine staatliche Beihilfe darstellen:

- Artikel 4: Investitionen in landwirtschaftlichen Betrieben,

- Artikel 5: Erhaltung von Kulturlandschaften und Gebäuden,
- Artikel 6: Im öffentlichen Interesse durchgeführte Aussiedlungen,
- Artikel 12: Beihilfen zur Zahlung von Versicherungsprämien,
- Artikel 13: Beihilfen für die Flurbereinigung,
- Artikel 14: Beihilfen zur Förderung der Erzeugung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen hoher Qualität,
- Artikel 15: Bereitstellung technischer Hilfe im Agrarsektor

Betroffene Wirtschaftssektoren: Agrarsektor

Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde:

Občina Nazarje
Savinjska cesta 4
SLO-3331 Nazarje

Internetadresse:

<http://www.nazarje.si/P/PDF/PravilnikODodeljevanjuPomoci.pdf>

Sonstige Angaben:

Die Beihilfe zur Zahlung von Versicherungsprämien für Versicherungen von Saat- und Erntegut umfasst die folgenden widrigen, Naturkatastrophen gleichzusetzenden Witterungsverhältnisse: Spätfrost, Hagel, Blitzschlag, Feuer durch Blitzschlag, Sturm, Überschwemmungen.

Die Gemeindeverordnung erfüllt die Bedingungen der Verordnung (EG) Nr. 1857/2006 betreffend die von der Gemeinde geplanten Maßnahmen sowie die gemeinsamen Bestimmungen (vor Gewährung einer Beihilfe zu beachtende Schritte, Kumulierung, Transparenz und Überwachung)

Ivan PURNAT
Župan

Nummer der Beihilfe: XA 282/07

Mitgliedstaat: Republik Slowenien

Region: Območje občine Cerkevjak

Bezeichnung der Beihilferegelung bzw. bei Einzelbeihilfen Name des begünstigten Unternehmens: Podpora programom razvoja podeželja v občini Cerkevjak 2007–2013

Rechtsgrundlage: Pravilnik o dodeljevanju državnih pomoči za programe kmetijstva v občini Cerkevjak (II. poglavje)

Voraussichtliche jährliche Kosten der Regelung bzw. Gesamtbetrag der einem Unternehmen gewährten Einzelbeihilfe:

2007: 14 188 EUR
2008: 15 160 EUR
2009: 15 160 EUR
2010: 15 160 EUR
2011: 15 160 EUR
2012: 15 160 EUR
2013: 15 160 EUR

Beihilfehöchstintensität:**1. Investitionen in landwirtschaftlichen Betrieben zur Primärproduktion:**

- bis zu 50 % der zuschussfähigen Kosten in benachteiligten Gebieten und bis zu 40 % der zuschussfähigen Kosten für Investitionen in anderen Gebieten.

Beihilfen werden für Investitionen in folgenden Bereichen gewährt: Modernisierung von landwirtschaftlichen Objekten, Kauf von Maschinen und Anlagen zur landwirtschaftlichen Erzeugung, Investitionen in Dauerkulturen, Erschließung und Neuordnung von Weideland.

2. Zur Erhaltung traditioneller Bauwerke:

- bis zu 75 % der zuschussfähigen Kosten in benachteiligten Gebieten sowie in den in Artikel 36 Buchstabe a Ziffern i, ii und iii der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 genannten und von den Mitgliedstaaten gemäß den Artikeln 50 und 94 derselben Verordnung ausgewiesenen Gebieten und bis zu 60 % in anderen Gebieten,
- bis zu 100 % der Kosten für Investitionen zur Erhaltung von nichtproduktiven Merkmalen des ländlichen Kulturerbes landwirtschaftlicher Betriebe.

3. Zur Zahlung von Versicherungsprämien:

- die Beihilfe der Gemeinde beträgt die Differenz auf 50 % des zuschussfähigen Prämienbetrages.

4. Für die Flurbereinigung:

- bis zu 100 % der tatsächlichen Rechtskosten und Verwaltungsgebühren.

5. Zur Förderung der Erzeugung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen hoher Qualität:

- bis zu 100 % der Kosten für Marktforschungstätigkeiten, Produktentwürfe und -entwicklungen, einschließlich der Vorbereitung von Anträgen auf Anerkennung von geografischen Angaben und Ursprungsbezeichnungen oder Bescheinigungen der besonderen Merkmale von Erzeugnissen entsprechend den einschlägigen Gemeinschaftsverordnungen. Die Beihilfe muss in Form von Sachleistungen durch bezuschusste Dienstleistungen gewährt werden und darf keine direkte Zahlung von Geldbeträgen an die Erzeuger umfassen.

6. Zur Bereitstellung technischer Hilfe im Agrarsektor:

- bis zu 100 % der Kosten in folgenden Bereichen: Aus- und Fortbildung von Landwirten, Beratungsdienste, Organisation von Veranstaltungen, Wettbewerben, Ausstellungen und Messen, Veröffentlichungen, Kataloge, Webseiten, Verbreitung wissenschaftlicher Erkenntnisse. Die Beihilfe muss in Form von Sachleistungen durch bezuschusste Dienstleistungen gewährt werden und darf keine direkte Zahlung von Geldbeträgen an die Erzeuger umfassen

Bewilligungszeitpunkt: Oktober 2007 (Die Beihilfe wird nicht vor Veröffentlichung der Kurzbeschreibung auf der Website der Kommission gewährt)

Laufzeit der Regelung bzw. Auszahlung der Einzelbeihilfe: Bis zum 31.12.2013

Zweck der Beihilfe: Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen

Angabe der betreffenden Artikel der Verordnung (EG) Nr. 1857/2006 und zuschussfähige Kosten:

Kapitel II des Vorschlags für eine Verordnung über die Gewährung staatlicher Beihilfen für die Programme zur Entwicklung des ländlichen Raums in der Gemeinde Cerkevjak beinhaltet die Maßnahmen, die gemäß den folgenden Artikeln der Verordnung (EG) Nr. 1857/2006 der Kommission vom 15. Dezember 2006 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 des EG-Vertrags auf staatliche Beihilfen an kleine und mittlere in der Erzeugung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen tätige Unternehmen und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 70/2001 (ABl. L 358 vom 16.12.2006, S. 3) eine staatliche Beihilfe darstellen:

- Artikel 4: Investitionen in landwirtschaftlichen Betrieben,
- Artikel 5: Erhaltung von Kulturlandschaften und Gebäuden,
- Artikel 12: Beihilfen zur Zahlung von Versicherungsprämien,
- Artikel 13: Beihilfen für die Flurbereinigung,
- Artikel 14: Beihilfen zur Förderung der Erzeugung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen hoher Qualität,
- Artikel 15: Bereitstellung technischer Hilfe im Agrarsektor

Betroffene Wirtschaftssektoren: Agrarsektor

Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde:

Občina Cerkevjak
Cerkevjak 25
SLO-2236 Cerkevjak

Internetadresse:

<http://www.izit.si/muv/index.php?action=showByYear&year=2007&obcinaID=15>
S. 835

Sonstige Angaben:

Die Beihilfe zur Zahlung von Versicherungsprämien für Versicherungen von Saat- und Erntegut umfasst die folgenden widrigen, Naturkatastrophen gleichzusetzenden Witterungsverhältnisse: Spätfrost, Hagel, Blitzschlag, Feuer durch Blitzschlag, Sturm, Überschwemmungen.

Die Gemeindeverordnung erfüllt die Bedingungen der Verordnung (EG) Nr. 1857/2006 betreffend die von der Gemeinde geplanten Maßnahmen sowie die gemeinsamen Bestimmungen (vor Gewährung einer Beihilfe zu beachtende Schritte, Kumulierung, Transparenz und Überwachung)

Župan
Jože KRANER

Nummer der Beihilfe: XA 283/07

Mitgliedstaat: Republik Slowenien

Region: Območje občine Komenda

Bezeichnung der Beihilferegelung bzw. bei Einzelbeihilfen Name des begünstigten Unternehmens: Podpore programom razvoja kmetijstva in podeželja v občini Komenda 2007–2013

Rechtsgrundlage: Pravilnik o dodeljevanju pomoči za ohranjanje in razvoj kmetijstva in podeželja v občini Komenda za programsko obdobje 2007–2013

Voraussichtliche jährliche Kosten der Regelung bzw. Gesamtbetrag der einem Unternehmen gewährten Einzelbeihilfe:

2007: 39 577 EUR
 2008: 40 170 EUR
 2009: 40 800 EUR
 2010: 41 400 EUR
 2011: 41 800 EUR
 2012: 42 200 EUR
 2013: 42 577 EUR

Beihilfemaximalintensität:

1. *Investitionen in landwirtschaftlichen Betrieben zur Primärproduktion:*

- bis zu 40 % der zuschussfähigen Kosten in allen Gebieten.

Beihilfen werden für Investitionen in folgenden Bereichen gewährt: Modernisierung von landwirtschaftlichen Objekten, Kauf von Ausrüstung zur Ausbesserung von Ställen zur landwirtschaftlichen Erzeugung, Investitionen in Dauerkulturen, Maßnahmen der Bodenverbesserung, Erschließung und Neuordnung von Weideland und Herrichtung von Zugängen zu landwirtschaftlichen Betrieben.

2. *Beihilfen zur Zahlung von Versicherungsprämien:*

- die Höhe der Kofinanzierung durch die Gemeinde entspricht der Differenz zwischen der Höhe der aus dem nationalen Haushalt kofinanzierten Versicherungsprämie und 50 % der zuschussfähigen Kosten für die Versicherung von Saat- und Erntegut sowie die Versicherung von Vieh gegen Krankheiten.

3. *Beihilfen für die Flurbereinigung:*

- bis zu 100 % der tatsächlichen Rechtskosten und Verwaltungsgebühren.

4. *Beihilfen zur Förderung der Erzeugung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen hoher Qualität:*

- bis zu 100 % der tatsächlich entstandenen Kosten in Form von Sachleistungen durch bezuschusste Dienstleistungen; sie dürfen keine direkte Zahlung von Geldbeträgen an die Erzeuger umfassen.

5. *Bereitstellung technischer Hilfe:*

- bis zu 100 % der Kosten in folgenden Bereichen: Aus- und Fortbildung von Landwirten, Beratungsdienste, Organisation von Veranstaltungen, Wettbewerben, Ausstellungen und Messen, Veröffentlichungen, Kataloge, Webseiten. Die Beihilfe muss in Form von Sachleistungen durch bezuschusste Dienstleistungen gewährt werden und darf keine direkte Zahlung von Geldbeträgen an die Erzeuger umfassen.

6. *Im öffentlichen Interesse durchgeführte Aussiedlungen:*

- bis zu 100 % der zuschussfähigen Kosten, sofern die Aussiedlung lediglich im Abbau, Entfernen und Wiederaufbau betrieblicher Einrichtungen besteht,
- Bewirkt die Aussiedlung, dass der Landwirt aus moderner gestalteten Einrichtungen Nutzen zieht, so leistet dieser einen Beitrag von mindestens 60 % der Wertsteigerung der Einrichtung nach der Aussiedlung,

- hat die Aussiedlung eine Erhöhung der Produktionskapazitäten zur Folge, so leistet der Begünstigte einen Beitrag von mindestens 60 % der mit der Kapazitätserhöhung zusammenhängenden Ausgaben

Bewilligungszeitpunkt: Oktober 2007 (Die Beihilfe wird nicht vor Veröffentlichung der Kurzbeschreibung auf der Website der Kommission gewährt)

Laufzeit der Regelung bzw. Auszahlung der Einzelbeihilfe: Bis zum 31.12.2013

Zweck der Beihilfe: Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen

Angabe der betreffenden Artikel der Verordnung (EG) Nr. 1857/2006 und zuschussfähige Kosten:

Kapitel II des Vorschlags für eine Verordnung über die Gewährung von Beihilfen zur Erhaltung und Entwicklung der Landwirtschaft und des ländlichen Raums in der Gemeinde Komenda im Zeitraum 2007-2013 beinhaltet die Maßnahmen, die gemäß den folgenden Artikeln der Verordnung (EG) Nr. 1857/2006 der Kommission vom 15. Dezember 2006 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 des EG-Vertrags auf staatliche Beihilfen an kleine und mittlere in der Erzeugung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen tätige Unternehmen und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 70/2001 (ABl. L 358 vom 16.12.2006, S. 3) eine staatliche Beihilfe darstellen:

- Artikel 4: Investitionen in landwirtschaftlichen Betrieben,
- Artikel 6: Im öffentlichen Interesse durchgeführte Aussiedlungen,
- Artikel 12: Beihilfen zur Zahlung von Versicherungsprämien,
- Artikel 13: Beihilfen für die Flurbereinigung,
- Artikel 14: Beihilfen zur Förderung der Erzeugung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen hoher Qualität,
- Artikel 15: Bereitstellung technischer Hilfe im Agrarsektor

Betroffene Wirtschaftssektoren: Agrarsektor

Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde:

Občina Komenda
 Zajčeva cesta 23
 SLO-1218 Komenda

Internetadresse:

http://www.komenda.si/si/aplenca/uradne-objave_07-2007.pdf
 S. 13

Sonstige Angaben:

Die Beihilfe zur Zahlung von Versicherungsprämien für Versicherungen von Saat- und Erntegut umfasst die folgenden widrigen, Naturkatastrophen gleichzusetzenden Witterungsverhältnisse: Spätfrost, Hagel, Blitzschlag, Feuer durch Blitzschlag, Sturm, Überschwemmungen.

Die Gemeindeverordnung erfüllt die Bedingungen der Verordnung (EG) Nr. 1857/2006 betreffend die von der Gemeinde geplanten Maßnahmen sowie die gemeinsamen Bestimmungen (vor Gewährung einer Beihilfe zu beachtende Schritte, Kumulierung, Transparenz und Überwachung)

Tomaž DROLEC
 Župan

V

(Bekanntmachungen)

VERFAHREN ZUR DURCHFÜHRUNG DER WETTBEWERBSPOLITIK

KOMMISSION

STAATLICHE BEIHILFE — POLEN

Staatliche Beihilfe C 11/08 (ex N 908/06) — MSR 2002 — Beihilfe für die BVG Medien Beteiligungs GmbH

Aufforderung zur Stellungnahme gemäß Artikel 88 Absatz 2 des EG-Vertrags

(Text von Bedeutung für den EWR)

(2008/C 159/07)

Mit Schreiben vom 11. März 2008, das nachstehend in der verbindlichen Sprachfassung abgedruckt ist, hat die Kommission Polen ihre Entscheidung mitgeteilt, wegen der oben genannten Beihilfe das Verfahren nach Artikel 88 Absatz 2 des EG-Vertrags einzuleiten.

Die Kommission fordert alle Beteiligten auf, ihre Stellungnahme zu der Beihilfemaßnahme, die Gegenstand des Verfahrens sein wird, innerhalb eines Monats nach dem Datum dieser Veröffentlichung an folgende Anschrift zu richten:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Staatliche Beihilfen
B-1049 Brüssel
Fax (32-2) 296 12 42

Diese Stellungnahmen werden Polen übermittelt. Jeder, der eine Stellungnahme abgibt, kann unter Angabe von Gründen schriftlich beantragen, dass seine Identität nicht bekannt gegeben wird.

ZUSAMMENFASSUNG

BESCHREIBUNG DER MASSNAHME UND DES INVESTITIONSVORHABENS

Gegenstand dieser Entscheidung ist eine regionale Investitionsbeihilfe für die zum Heinrich Bauer Verlag gehörende BVG Medien Beteiligungs GmbH, die für den Bau einer neuen Tiefdruckanlage in der südwestpolnischen Woiwodschaft Niederschlesien bestimmt ist. Der Gegenwartswert der beihilfefähigen Investitionskosten für dieses Vorhaben beläuft sich auf insgesamt 734,031 Mio. PLN (157,95 Mio. EUR). Der Gegenwartswert der Beihilfe beträgt 220,057 Mio. PLN (47,35 Mio. EUR). Dies ergibt eine Beihilfeintensität von 29,98 % Nettosubventionsäquivalent. Das angemeldete Vorhaben hat den Druck von Zeitschriften, Verkaufskatalogen und Beilagen mit Tiefdrucktechnologie zum Gegenstand.

VEREINBARKEIT DER MASSNAHME MIT DEN LEITLINIEN FÜR STAATLICHE BEIHILFEN MIT REGIONALER ZIELSETZUNG

Zum jetzigen Zeitpunkt vertritt die Kommission die Auffassung, dass die Beihilfe eindeutig die Bedingungen der Leitlinien für staatliche Beihilfen mit regionaler Zielsetzung ⁽¹⁾ erfüllt.

Hinsichtlich der Markttests in Randnummer 24 Buchstaben a und b des Multisektoralen Regionalbeihilferahmens für große Investitionsvorhaben ⁽²⁾ („MSR“) prüfte die Kommission mehrere relevante Märkte und gelangte zu dem Schluss, dass der Markt für den Tiefdruck von Zeitschriften gesondert betrachtet werden sollte, da Zeitschriften mit Abstand den größten Teil der Produktion der geförderten Anlage bilden werden.

⁽¹⁾ ABl. C 74 vom 10.3.1998, S. 9, in der geänderten Fassung.

⁽²⁾ ABl. C 70 vom 19.3.2002, S. 8.

Der Marktanteil des Beihilfeempfängers auf Gruppenebene bleibt im EWR deutlich unter 25 %. Die Kommission bezweifelt jedoch, dass der EWR als räumlich relevanter Markt betrachtet werden kann.

Zudem scheint die durch das Investitionsvorhaben geschaffene Kapazität auf EWR-Ebene bei mehr als 5 % des Marktes für den Tiefdruck von Zeitschriften zu liegen. Daher hat die Kommission Zweifel an der Vereinbarkeit des Vorhabens mit Randnummer 24 Buchstabe b des MSR.

DAS SCHREIBEN

„Komisja pragnie poinformować Polskę, że po przeanalizowaniu dostarczonych przez polskie władze informacji na temat wyżej wymienionego środka pomocy, podjęła decyzję o wszczęciu postępowania określonego w art. 88 ust. 2 Traktatu WE.

1. PROCEDURA

- (1) Powiadomieniem przesłanym w formie elektronicznej w dniu 27 grudnia 2006 r., zarejestrowanym w Komisji tego samego dnia ⁽³⁾, polskie władze zgłosiły, zgodnie z art. 88 ust. 3 Traktatu WE i na mocy Wielosektorowych zasad ramowych dotyczących pomocy regionalnej na rzecz dużych projektów inwestycyjnych ⁽⁴⁾ (zwanych dalej »Zasadami«), zamiar udzielenia pomocy regionalnej na rzecz dużego projektu inwestycyjnego przedsiębiorstwa BVG Medien Beteiligungs GmbH.
- (2) Pismami z dnia 2 marca 2007 r. (D/50921), 15 czerwca 2007 r. (D/52553) i 21 grudnia 2007 r. (D/55146) Komisja zwróciła się z prośbą o przekazanie dodatkowych informacji. Polskie władze odpowiedziały pismami z dnia 13 kwietnia 2007 r. (A/33156), 23 października 2007 r. (A/38722) i 23 stycznia 2008 r. (A/1392).

2. OPIS ŚRODKA POMOCY

2.1. Cel

- (3) Środek stanowi wsparcie na rzecz utworzenia nowej drukarni wkłesłodrukowej, stanowiąc w ten sposób wsparcie rozwoju regionalnego i zatrudnienia w położonym w południowo-zachodniej Polsce regionie dolnośląskim, będącym obszarem objętym pomocą na mocy art. 87 ust. 3 lit. a) Traktatu WE, dla którego pułap pomocy regionalnej wynosi 50 % ekwiwalentu dotacji netto (EDN), zgodnie z mapą pomocy regionalnej w Polsce obowiązującą w okresie 1 maja 2004 r.–31 grudnia 2006 r. ⁽⁵⁾.

2.2. Beneficjent

- (4) Władze polskie poinformowały, że przedmiotowy projekt inwestycyjny będzie prowadzony i zarządzany przez spółkę komandytową BDN Sp. z o.o. Sp. k. (zwaną dalej »Spółką«).
- (5) W skład Spółki wchodzi: jako komplementariusz zarejestrowana w Polsce spółka BDN Sp. z o.o. (dalej »BDN«) oraz

jako komandytariusz zarejestrowana w Niemczech spółka z ograniczoną odpowiedzialnością BVG Medien Beteiligungs GmbH (dalej »BVG«).

- (6) Polskie władze wskazały również, że zgodnie z kodeksem spółek handlowych spółka komandytowa nie ma osobowości prawnej. Dlatego podatek dochodowy od osób prawnych wynikający z działalności gospodarczej Spółki płaci jej wspólnicy. Ponieważ pomoc udzielona została w formie zwolnienia z podatku dochodowego od osób prawnych, rzeczywistymi beneficjentami pomocy są wspólnicy, tj. BDN i BVG.
- (7) Zgodnie z informacjami przekazanymi przez polskie władze, wspólnicy dzielą się wszelkimi zyskami (w tym również wszelkimi obniżkami podatków obciążających te zyski) proporcjonalnie do ich udziałów w Spółce, tj. ponad 99 % przypada spółce BVG, a mniej niż 1 % spółce BDN.
- (8) Ponadto ponieważ spółka BDN jest w całości własnością spółki BVG, Komisja uznaje, zgodnie z opinią polskich władz, że beneficjentem środka pomocy jest spółka BVG. Tym niemniej bierze się pod uwagę łączną kwotę pomocy (tj. część przypadającą spółce BVG, a także część przypadającą spółce BDN), stąd Komisja uznaje grupę BVG za ostatecznego beneficjenta pomocy.
- (9) Obliczając udział rynkowy beneficjenta ⁽⁶⁾, Komisja uwzględniła również fakt, że spółka BVG jest dużym przedsiębiorstwem będącym (...) ^(*) własnością BVG Medien KG, spółki komandytowej należącej do prywatnych inwestorów. Dokładniej właścicielem (...) % udziałów jest Heinz H. Bauer i jego rodzina. Heinz Bauer jest również właścicielem 96 % udziałów w innej grupie kapitałowej, Heinrich Bauer Verlag, wydawnictwie posiadającym szereg podmiotów zależnych na całym świecie.

2.3. Projekt inwestycyjny

2.3.1. Produkty i technologia

- (10) Spółka zakłada nową drukarnię wkłesłodrukową położoną w Nowogrodźcu w Kamiennogórskiej Specjalnej Strefie Ekonomicznej.
- (11) W technice wkłesłodruku farba drukarska jest przenoszona na podłoże (np. papier) przez stalowy cylinder drukujący wygrawerowany elektromechanicznie lub techniką laserową.
- (12) Nowa drukarnia będzie miała (...) linie wkłesłodrukowe realizujące trzy główne etapy produkcji. Produkcja będzie rozpoczynać się od przygotowania form drukarskich (cylindrów) na podstawie danych cyfrowych dostarczonych przez klienta. Następną czynnością będzie drukowanie techniką wkłesłodruku — papier będzie zadrukowywany w czterech kolorach bazowych, cięty, składany i zszywany w produkt końcowy. W ostatnim etapie produkt końcowy jest pakowany i wysyłany do miejsca przeznaczenia.

⁽³⁾ Początkowy dwumiesięczny okres, w którym należy dokonać oceny, rozpoczął się dnia 3 stycznia 2007 r.

⁽⁴⁾ Dz.U. C 70 z 19.3.2002, str. 8.

⁽⁵⁾ PL 1/2004 — List Komisji z dnia 13 sierpnia 2004 r., C(2004) 3230/5.

⁽⁶⁾ Zob. ppkt 3.5.2 poniżej.

^(*) Informacja objęta tajemnicą zawodową.

- (13) Nowa drukarnia będzie zajmować się głównie drukowaniem czasopism, katalogów handlowych i ulotek reklamowych (materiałów reklamowych dodawanych do czasopism i gazet). Planuje się następującą strukturę produkcji: ok. (90–100) % czasopisma i ok. (0–10) % inne produkty. Wynika to stąd, że drukarnia ma już stabilny portfel zamówień na czasopisma, m.in. od wewnętrznych wydawców należących do tej samej grupy co beneficjent. Oczekuje się jednak, że zakład będzie stopniowo powiększał swój udział w rynku katalogów.

2.3.2. Realizacja projektu

- (14) Projekt inwestycyjny rozpoczęto w 2004 r. Obejmuje on otwarcie (...) linii produkcyjnych. Otwarto już (...) wraz z instalacjami towarzyszącymi. Złożono również zamówienie (...), przekazanie do użytku planowane jest na (...). Przewiduje się, że następnie (...). Według prognoz polskich władz cały projekt zostanie ukończony w 2009 r.
- (15) Drukarnia rozpoczęła produkcję w lipcu 2006 r. Pełne zdolności produkcyjne wszystkich (...) linii, wynoszące 152 tys. ton rocznie, mają zostać osiągnięte w 2010 r.

2.4. Kwalifikowalne koszty

- (16) Kwalifikowalne koszty inwestycji oblicza się na podstawie kosztów związanych z inwestycją początkową. Kwalifikowalne koszty wynoszą nominalnie 857,998 mln PLN (ok. 184,6 mln EUR ⁽⁷⁾), a ich wartość zdyskontowana to 734,031 mln PLN (ok. 157,95 mln EUR). Poniższa tabela 1 przedstawia strukturę kosztów kwalifikowalnych związanych z realizacją inwestycji, wyrażonych w wartościach nominalnych.

Tabela 1

Podział kosztów projektu dotyczących inwestycji początkowej (mln PLN, wartości nominalne)

Grunty	(...)
Budynki, pomieszczenia, obiekty inżynierii lądowej i wodnej	(...)
Maszyny, instalacje i wyposażenie	(...)
Kwalifikowalne koszty ogółem	858,000

2.5. Podstawa prawna

- (17) Wskazano następującą podstawę prawną pomocy:
- ustawa z dnia 20 października 1994 r. o specjalnych strefach ekonomicznych,
 - rozporządzenie Rady Ministrów z dnia 14 września 2004 r. w sprawie kamiennogórskiej specjalnej strefy ekonomicznej.

2.6. Środek pomocy

2.6.1. Forma i kwota pomocy

- (18) Pomoc udzielana jest w ramach zatwierdzonego programu nr PL 39/2004 ⁽⁸⁾. Pomoc polega na całkowitym zwolnieniu z podatku dochodowego od osób prawnych (wynoszącego obecnie w Polsce 19 %) do końca okresu, na który utworzono specjalną strefę ekonomiczną (tj. do dnia 1 grudnia 2017 r.) lub do momentu osiągnięcia odpowiedniego pułapu wysokości pomocy regionalnej.
- (19) Chociaż rzeczywista kwota ulgi podatkowej zależy od wysokości dochodu podatnika przed opodatkowaniem i może okazać się niższa niż maksymalna dopuszczalna kwota, przy obliczaniu intensywności pomocy należy wziąć pod uwagę pułap, do którego kwalifikuje się beneficjent.
- (20) Pułap ten odpowiada kwocie wynikającej z obniżonego pułapu pomocy regionalnej i wynosi 220,057 mln PLN (47,35 mln EUR) w wartości zdyskontowanej. Polskie władze potwierdziły, że jeśli koszty kwalifikowalne będą niższe od prognozowanych, pułap ten zostanie proporcjonalnie obniżony.
- (21) Aby skorzystać ze zwolnienia podatkowego, beneficjent musiał zwrócić się o zezwolenie na prowadzenie działalności w tej specjalnej strefie ekonomicznej. Zezwolenie zostało udzielone dnia 21 czerwca 2004 r. i według polskich władz dzień ten można uznać za datę udzielenia pomocy.
- (22) Zawiadomienie zostało złożone dopiero w 2006 r., kiedy to w następstwie realizacji różnych etapów inwestycji i wynikającego z tego wzrostu kosztów kwalifikowalnych polskie władze nabrały pewności, że przedmiotowy środek pomocy wymaga indywidualnego zgłoszenia zgodnie z pkt 24 Zasad.
- (23) W tej kwestii polskie władze wyjaśniły, że przedmiotowy program pomocy (nr PL 39/2004) wymaga jedynie minimalnej kwoty wydatków inwestycyjnych i stanowi podstawę do przyznania prawa do zwolnienia z podatku dochodowego od osób prawnych do dopuszczalnego pułapu pomocy regionalnej. W momencie wydania zezwolenia, a więc udzielenia pomocy, władze nie znały jeszcze ani dokładnej kwoty kosztów kwalifikowalnych, ani kwoty pomocy.
- (24) W związku z powyższym oraz w celu zapewnienia zgodności z klauzulą zawieszającą polskie władze zobowiązały się ograniczyć aktualnie dostępną beneficjentowi kwotę pomocy do maksymalnej kwoty niewymagającej indywidualnego zgłoszenia zgodnie z pkt 24 Zasad (tj. 37,5 mln EUR w wartości zdyskontowanej). Wszelka pomoc powyżej tej kwoty nie zostanie wprowadzona w życie do czasu zatwierdzenia przez Komisję.
- (25) Odpowiedzialnym organem udzielającym pomocy jest Ministerstwo Gospodarki.

⁽⁷⁾ Na podstawie kursu wymiany PLN/EUR obowiązującego w chwili udzielenia pomocy, tj. 4,6474.

⁽⁸⁾ Program pomocy regionalnej dla przedsiębiorców prowadzących działalność gospodarczą w specjalnych strefach ekonomicznych. Pismo Komisji z dnia 9 marca 2005 r., C(2005) 735.

2.6.2. Kumulacja

- (26) Zwolnienie podatkowe udzielone w ramach programu nr PL 39/2004 może podlegać kumulacji z pomocą otrzymaną z innych źródeł w celu pokrycia tych samych kosztów kwalifikowalnych.
- (27) Jeśli chodzi o przepisy zapewniające zgodność z zasadami kumulacji, polskie władze wskazały, że przy obliczaniu dostępnej kwoty pomocy regionalnej w tej specjalnej strefie ekonomicznej, należy wziąć pod uwagę wszystkie typy otrzymanej pomocy regionalnej. Podmioty ubiegające się o pomoc inną niż pomoc *de minimis* muszą w momencie składania wniosku poinformować podmiot udzielający pomocy o otrzymanej przez nie pomocy publicznej, podając m.in. datę otrzymania pomocy i jej podstawę prawną oraz formę i cel pomocy.

2.7. Utrzymanie działalności objętej pomocą

- (28) Polskie władze potwierdziły, że przedmiotowy projekt inwestycyjny musi być utrzymywany przez okres pięciu lat od dnia ukończenia.

2.8. Efekt zachęty

- (29) Jeśli chodzi o efekt zachęty przedmiotowej pomocy, potwierdzono, że beneficjent zwrócił się o zezwolenie dające prawo do otrzymania pomocy i zostało one wydane, przed rozpoczęciem prac w ramach tego projektu. Jak wspomniano wyżej, zezwolenie dało prawo do otrzymania pomocy w formie zwolnienia podatkowego do wysokości odpowiedniego pułapu pomocy regionalnej obliczonego z uwzględnieniem całkowitych kosztów kwalifikowalnych projektu.

2.9. Wkład w rozwój regionalny

- (30) Dolny Śląsk to region dotknięty poważnymi problemami społeczno-gospodarczymi, w którym PKB na mieszkańca w 2004 r. stanowił jedynie 51,7 % średniej UE-27 ⁽⁹⁾, a stopa bezrobocia wyniosła 24,9 %, co stanowiło 268 % średniej UE-27 oraz 131 % średniej stopy bezrobocia w Polsce.
- (31) Oczekuje się, że inwestycja we wspomniane (...) linie produkcyjne stworzy bezpośrednio około 500 miejsc pracy, a także dodatkowe miejsca pracy u dostawców papieru i farby drukarskiej oraz u innych dostawców usług pomocniczych. Ponadto w związku z wykorzystaniem najnowocześniejszych technologii (laserowe grawerowanie form drukarskich oraz produkcja wspomagana komputerowo), projekt wygeneruje popyt na personel z wyższym wykształceniem oraz zapewni przepływ wiedzy specjalistycznej (*know-how*).

2.10. Ogólne zobowiązania

- (32) Polskie władze zobowiązały się dostarczyć Komisji:
- co pięć lat, począwszy od dnia zatwierdzenia pomocy przez Komisję — sprawozdania okresowe (w tym

także informacje dotyczące wysokości wypłaconych kwot, wykonania umowy o udzieleniu pomocy oraz wszelkich innych projektów inwestycyjnych rozpoczętych na terenie tego samego zakładu/fabryki),

- w terminie sześciu miesięcy od wypłaty ostatniej raty pomocy według zgłoszonego harmonogramu płatności — szczegółowe sprawozdanie końcowe.

3. OCENA ŚRODKA POMOCY I JEGO ZGODNOŚCI ZE WSPÓLNYM RYNKIEM

3.1. Istnienie pomocy państwa w rozumieniu art. 87 ust. 1 Traktatu WE

- (33) Pomoc w ramach przedmiotowego środka udzielania jest w formie zwolnienia z podatku dochodowego od osób prawnych, co stanowi dla polskich władz utracony dochód. Stanowi to zasoby państwowe w rozumieniu art. 87 ust. 1 Traktatu WE. Środek ma charakter selektywny, ponieważ pomoc przyznana jest pojedynczemu przedsiębiorstwu. Pomoc ta zwalnia beneficjenta z kosztów, które musiałby ponieść w normalnych warunkach rynkowych, dlatego przedsiębiorstwo to korzysta z przewagi ekonomicznej nad konkurentami, co stwarza zagrożenie zakłócenia konkurencji. W stopniu w jakim produkty, których dotyczy inwestycja, są przedmiotem wymiany handlowej, istnieje ryzyko, że przedmiotowa pomoc mogłaby wpłynąć na wymianę handlową między państwami członkowskimi.
- (34) Dlatego Komisja uznaje, że zgłoszony środek stanowi pomoc państwa w rozumieniu art. 87 ust. 1 Traktatu WE.

3.2. Zgodność środka pomocy z prawem

- (35) Zgłaszając środek pomocy, polskie władze działały zgodnie z regułami dotyczącymi indywidualnego zgłoszenia, zawartymi w pkt 24 Zasad. Wszelka pomoc powyżej indywidualnego progu zgłoszenia ⁽¹⁰⁾ nie zostanie wprowadzona w życie do czasu zatwierdzenia przez Komisję.

3.3. Zgodność pomocy ze wspólnym rynkiem

- (36) Komisja oceniła zgodność środka pomocy z regułami określonymi w Wytycznych w sprawie krajowej pomocy regionalnej ⁽¹¹⁾ (zwanymi dalej »Wytycznymi«) oraz Zasadach. W pierwszej kolejności Komisja sprawdziła, czy wypełniono standardowe kryteria zgodności zawarte w Wytycznych, a następnie oceniono zgodność z wymogami zawartymi w Zasadach.

3.4. Zgodność z ogólnymi wymogami Wytycznych

- (37) Region dolnośląski w całości kwalifikuje się do objęcia pomocą zgodnie z art. 87 ust. 3 lit. a) Traktatu WE.
- (38) Zgłoszona pomoc jest pomocą przeznaczoną na inwestycje początkowe, zgodnie z definicją zawartą w pkt 4.4 Wytycznych.

⁽⁹⁾ Mierzony według standardu siły nabywczej.

⁽¹⁰⁾ Zob. pkt 24 niniejszej decyzji.

⁽¹¹⁾ Dz.U. C 74 z 10.3.1998, str. 9, z późniejszymi zmianami.

- (39) Koszty kwalifikowalne obejmują wydatki związane z gruntem, budynkami oraz urządzeniami/maszynami, zgodnie z pkt 4.5 Wytycznych.
- (40) Udział własny beneficjentaw kosztach kwalifikowalnych, wolny od jakiegokolwiek elementu pomocy, jest wyższy od wymaganego progu wynoszącego 25 % (zob. pkt 4.2 Wytycznych).
- (41) Wniosek o przyznanie pomocy został złożony przed rozpoczęciem realizacji projektu (zob. pkt 4.2 Wytycznych).
- (42) Inwestycja będzie utrzymywana przez przynajmniej pięć lat od jej ukończenia (zob. pkt 4.10 Wytycznych).
- (43) Przestrzegane są zasady dotyczące kumulacji pomocy (zob. pkt 4.18 Wytycznych).

3.5. Zgodność z wymogami Zasad

3.5.1. Intensywność pomocy

- (44) Uwzględniając koszty kwalifikowalne o zdyskontowanej wartości 734,031 mln PLN (ok. 157,95 mln EUR) oraz znajdujący zastosowanie standardowy pułap pomocy regionalnej w wysokości 50 % ekwiwalentu dotacji netto (EDN), maksymalna skorygowana dozwolona intensywność pomocy zgodnie z pkt 21 Zasad wynosi 29,98 % EDN.
- (45) Przewidziana kwota pomocy o zdyskontowanej wartości 220,057 mln PLN (47,35 mln EUR), która odpowiada intensywności pomocy na poziomie 29,98 % EDN⁽¹²⁾ nie przekracza tego pułapu. Dlatego proponowana intensywność pomocy jest zgodna z mechanizmem zmniejszania intensywności przewidzianym w pkt 21 Zasad.

3.5.2. Zgodność z wymogami zawartymi w pkt 24 lit. a) i b) Zasad

- (46) Ponieważ proponowana całkowita kwota pomocy równa ok. 47,35 mln EUR przekracza próg powodujący obowiązek jej zgłoszenia równy 37,5 mln EUR, należy ocenić zgodność proponowanej pomocy z pkt 24 lit. a) i b) Zasad z 2002 r.
- (47) Pkt 24 Zasad stanowi, że duże projekty inwestycyjne podlegające indywidualnemu zgłoszeniu nie kwalifikują się do otrzymania pomocy w jednej z dwóch następujących sytuacji⁽¹³⁾:
- beneficjent odpowiada za ponad 25 % sprzedaży przedmiotowego produktu przed lub w momencie ukończenia inwestycji;
 - zdolności produkcyjne osiągnięte dzięki projektowi stanowią ponad 5 % rynku mierzonego za pomocą danych odzwierciedlających widoczną konsumpcję odnośnego produktu, chyba że w ciągu pięciu ostatnich lat średni roczny wskaźnik wzrostu jego widocznej konsumpcji przekroczył roczną stopę wzrostu PKB Europejskiego Obszaru Gospodarczego.

⁽¹²⁾ Z uwagi na to, że pomoc udzielana jest w formie zwolnienia podatkowego, ekwiwalent dotacji netto równy jest ekwiwalentowi pomocy brutto.

⁽¹³⁾ Ciężar dowodu, że sytuacje, przedstawione w pkt 24 lit. a) i b) Zasad nie mają miejsca leży po stronie państwa członkowskiego.

- (48) Aby przeprowadzić odpowiednie badania rynków zgodnie z pkt 24 lit. a) i b) Zasad, Komisja musi ustalić właściwe rynki produktowe i geograficzne.

Właściwy rynek produktowy

- (49) Zgodnie z pkt 52 Zasad »odnośny produkt« oznacza produkt przewidziany w projekcie inwestycyjnym i w razie potrzeby produkty uznane za jego substytuty albo przez klienta (z powodu cech, ceny lub przeznaczenia produktu), albo przez producenta (ze względu na elastyczność związaną z urządzeniami produkcyjnymi). Jeżeli projekt dotyczy produktu pośredniego i istotna część produkcji nie jest sprzedawana na rynku, odnośny produkt może zostać uznany za obejmujący produkty, do których wytworzenia jest stosowany.
- (50) Przedmiotowy projekt inwestycyjny dotyczy drukowania czasopism, katalogów handlowych i ulotek reklamowych techniką wkłęsłodruku. Beneficjent pomocy jest poprzez swoją strukturę własnościową powiązany z dużym wydawnictwem Heinrich Bauer Verlag. Ponadto grupa Heinrich Bauer Verlag będzie najważniejszym klientem nowej drukarni — odbiorcą ok. (...) % sprzedaży nowego zakładu. Dlatego najpierw należy ustalić, czy sprzedaż produktów drukarskich przez ten obiekt inwestycyjny wydawnictwu Heinrich Bauer Verlag odbywa się zgodnie z warunkami rynkowymi.
- (51) W powyższej kwestii polskie władze potwierdziły, że transakcje między Spółką prowadzącą nową drukarnię a Heinrich Bauer Verlag będą prowadzone na zasadach rynkowych (wydawnictwo Bauer Verlag zbiera przynajmniej trzy oferty od czołowych europejskich drukarni wkłęsłodrukowych, po czym cena naliczana przez Spółkę ustalana jest jako średnia tych ofert). Organy podatkowe mogą poddać to obliczenie weryfikacji i w razie potrzeby zażądać przekazania dodatkowej dokumentacji.
- (52) Ponadto szacuje się, że udział sprzedaży do grupy Heinrich Bauer Verlag będzie malał wraz ze wzrostem zdolności produkcyjnych. Wynika to stąd, że przy większej liczbie zainstalowanych linii produkcyjnych konsekwencje awarii są mniej dotkliwe, a to z kolei umożliwia zdobycie dodatkowych klientów zewnętrznych na rynku, na którym kluczowymi kwestiami są dostawa na czas i niezawodność.
- (53) W związku z powyższym Komisja stwierdza, że pomoc nie jest przekazywana na rzecz działalności Bauer Verlag stanowiącej dalsze ogniwo łańcucha dostaw, a właściwy rynek produktowy w niniejszym przypadku należy określić jako rynek na poziomie beneficjenta, tj. rynek działalności drukarskiej.
- (54) Przedmiotowy projekt inwestycyjny dotyczy techniki wkłęsłodruku, która charakteryzuje się tym, że farba drukarska jest przenoszona na podłoże (np. papier) przez stalowy cylinder drukujący wygrawerowany techniką laserową. W przeciwieństwie do techniki wkłęsłodruku w technice offsetowej obszary drukowane i niezadrukowane znajdują się w tej samej płaszczyźnie co nośnik obrazu. Obszary niezadrukowane są wolne od farby drukarskiej, ponieważ ją odpychają, natomiast obszary drukujące przyjmują farbę. Wynika to stąd, że farba offsetowa oparta jest na bazie oleju, a obszary niezadrukowane nie przyjmują farby, ponieważ pokryte są wodą lub roztworami wody, a jak wiadomo olej i woda odpychają się wzajemnie.

- (55) Istnieją wyraźne różnice między tymi dwiema technikami drukarskimi. Po pierwsze koszty inwestycyjne związane z prasą wkłęsłodrukową są dwukrotnie wyższe niż porównywalnych pras offsetowych. Z kolei prasa wkłęsłodrukowa pozwala zapewnić jednolitą jakość druku nawet w przypadku długich serii drukarskich, tymczasem jakość druku offsetowego jest dość zmienna, ponieważ podczas procesu drukowania trudno jest utrzymać równowagę między wodą i farbą. Prasy wkłęsłodrukowe są również bardziej wydajne (dużą ilość egzemplarzy można wydrukować za pomocą prasy wkłęsłodrukowej w krótszym czasie niż za pomocą prasy offsetowej) oraz charakteryzują się dłuższym okresem użytkowania.
- (56) Dlatego powyżej pewnego nakładu przy technice wkłęsłodrukowej koszty produkcji są niższe. Im wyższy nakład, tym niższe koszty produkcji w porównaniu z innymi technikami. Jednak w przypadku mniejszych serii technika wkłęsłodrukowa jest mniej opłacalna ze względu na stosunkowo wysokie koszty przygotowania cylindrów w porównaniu z kosztami przygotowania form drukarskich w technice offsetowej.
- (57) Dlatego technika wkłęsłodruku nadaje się szczególnie do drukowania dużych nakładów⁽¹⁴⁾, a technika offsetowa głównie do małych nakładów. Ze względu na wyższą i bardziej stabilną jakość w technice wkłęsłodruku istnieje również różnica ze strony popytu. Stąd Komisja stwierdza, że technika wkłęsłodruku stanowi odrębny rynek niż technika offsetowa. Jest to również zgodne z definicją rynku zawartą w niedawnej decyzji w sprawie połączenia przedsiębiorstw⁽¹⁵⁾.
- (58) Wkłęsłodruk stosowany jest do druku dwóch głównych produktów graficznych: publikacji i elastycznych opakowań. Ponieważ pras zaprojektowanych do druku czasopism i katalogów nie można stosować do druku materiałów pakunkowych, a objęta pomocą drukarnia będzie drukowała tylko publikacje, właściwy rynek jest w tym przypadku ograniczony do druku publikacji techniką wkłęsłodruku.
- (59) Wkłęsłodruk publikacji zapewnia druk publikacji dla rynku czasopism i katalogów. We wspomnianej wyżej decyzji w sprawie połączenia przedsiębiorstw stwierdzono, że usługi drukowania czasopism w technice wkłęsłodruku stanowią odrębny rynek ze względu na ograniczenia czasowe związane z drukiem tego typu publikacji oraz specjalne wymagania co do wykończenia i dystrybucji. Uzasadnione jest również oddzielne traktowanie rynku czasopism drukowanych techniką wkłęsłodruku, gdyż docelowo (90–100) % sprzedaży usług drukarskich wykonanych w drukarni w Nowogrodzcu będzie dotyczyć czasopism, co oznacza, że projekt dotyczy przede wszystkim właśnie tego podryнку.
- (60) W związku z powyższymi ustaleniami w niniejszym przypadku badania rynków zostaną przeprowadzone na trzech możliwych do przyjęcia rynkach właściwych w przedmiotowej sprawie:
- druku publikacji techniką wkłęsłodruku (szeroka definicja rynku),

- druku czasopism techniką wkłęsłodruku,
- druku katalogów i ulotek reklamowych techniką wkłęsłodruku.

Właściwy rynek geograficzny

- (61) Polskie władze uznają, że rynkiem geograficznym jest cały EOG i uzasadniają to faktem, że zakład w Nowogrodzcu oraz inne drukarnie położone w Polsce zaopatrują już tak odległe rynki jak Zjednoczone Królestwo (objęta pomocą drukarnia drukuje już brytyjskie czasopismo »Take a Break«⁽¹⁶⁾). Oznaczałoby to, że koszty transportu i logistyki na terytorium EOG nie stanowią realnej przeszkody w działalności drukarskiej techniką wkłęsłodruku.
- (62) Polskie władze wskazały również, że tylko (0–10) % sprzedaży objętej pomocą drukarni będzie skierowanej na polski rynek, natomiast pozostałe (90–100) % trafi do innych państw EOG. W 2007 r. struktura sprzedaży beneficjenta na rynki zagraniczne w ujęciu wartościowym kształtowała się następująco: Niemcy — (75–85) %, Zjednoczone Królestwo — (10–15) %, Austria — poniżej (0–3) %. Trwały ponadto negocjacje z kontrahentami we Francji, Danii i Szwecji.
- (63) Oprócz tego polskie władze zwróciły ogólnie uwagę na trend szybkiej globalizacji na rynku usług drukarskich, gdzie działalność drukarska rozszerzana jest na kraje trzecie, a usługi drukarskie zlecane są przez wydawnictwa zleceniobiorcom położonym w odległych miejscach.

Obawy dotyczące definicji właściwego rynku geograficznego

- (64) Na obecnym etapie oceny Komisja ma wątpliwości, czy koszty transportu i logistyki można rzeczywiście pominąć jako realną przeszkodę w świadczeniu usług wkłęsłodruku nawet dla odleglejszych rynków w EOG. Badania internetowe wskazują, że magazyn »Take a Break« jest w istocie publikowany przez wydawnictwo H. Bauer Publishing Ltd, które jest brytyjską spółką zależną grupy Bauer Verlag. Publikacja i druk czasopism w ramach jednej grupy może przynosić korzyści dotyczące integracji, ustalania priorytetów i elastyczności całego procesu, które równoważą związane z tym utrudnienia transportowe i logistyczne.
- (65) Ponadto wydaje się, że zakres rynków zagranicznych zaopatrywanych obecnie przez drukarnię objętą pomocą jest ograniczony, a same Niemcy stanowią zdecydowanie najważniejszy rynek docelowy.
- (66) Należy zauważyć, że we wspomnianej wyżej decyzji w sprawie połączenia przedsiębiorstw stwierdzono, że właściwy rynek geograficzny obejmował tylko Niemcy w odniesieniu do druku czasopism oraz Niemcy wraz z sąsiednimi państwami w odniesieniu do rynku katalogów i materiałów reklamowych. Definicję tę uzasadniał fakt, że przedmiotowe połączenie miało wpływ głównie na rynek niemiecki, obejmując pięć drukarni wkłęsłodrukowych.

⁽¹⁴⁾ Z wyjątkiem druku gazet, w przypadku których niska jakość papieru gazetowego ma negatywny wpływ na stan techniczny urządzeń przeznaczonych do druku materiałów wysokiej jakości (np. magazynów). Dlatego gazety drukowane są techniką offsetu na zimno lub techniką fleksografii.

⁽¹⁵⁾ Decyzja z 3 maja 2005 r. w sprawie COMP/M.3178 — Bertelsmann/Springer/JV.

⁽¹⁶⁾ »Take a Break« jest najlepiej sprzedającym się tygodnikiem dla kobiet w Zjednoczonym Królestwie, z nakładem przekraczającym 1 mln egzemplarzy.

Ponadto w decyzji uwzględniono również fakt, że struktura podaży i popytu na usługi włóknodruku w Niemczech różni się znacznie od sytuacji w większości krajów europejskich, gdyż zdolności produkcyjne niemieckich przedsiębiorstw w zakresie włóknodruku stanowią prawie 50 % całkowitych zdolności produkcyjnych UE. Jednakże w przedmiotowej sprawie punkt wyjścia jest inny. Inwestycja realizowana jest w Polsce, ale tylko (0–10) % sprzedaży nowej drukarni ma być realizowane w tym kraju. Dlatego nie można uznać, że rynek ma zakres krajowy.

- (67) W związku z powyższym przed zajęciem ostatecznego stanowiska, że właściwym rynkiem jest w istocie EOG, konieczne wydaje się zasięgnięcie opinii stron trzecich.

Udziały w rynku

- (68) W celu zbadania, czy projekt jest zgodny z pkt. 24 lit. a) Zasad, Komisja musi ustalić udział w rynku beneficjenta na poziomie grupy przed inwestycją i po inwestycji. Ponieważ inwestycję rozpoczęto w 2004 r. i planuje się ukończenie jej w 2009 r., Komisja zbada udział w rynku przedsiębiorstwa BVG w 2003 i 2010 r.

- (69) Aby ustalić udział w rynku spółki BVG na poziomie grupy, Komisja porównała jej sprzedaż w ujęciu ilościowym na poziomie EOG z całkowitą wielkością konsumpcji papieru włóknodrukowego w EOG. Należy jednak zauważyć, że udział w rynku beneficjenta może być inny niż obliczony w ten sposób, jeśli właściwym rynkiem nie jest EOG, jak zaproponowały polskie władze.

- (70) Brak danych w ujęciu wartościowym, jednak polskie władze potwierdziły, że ceny ustalane są przez beneficjenta na poziomie średnich cen rynkowych lub bardzo zbliżonych do tego poziomu. Oznacza to, że udziały w rynku (oraz zwiększenie zdolności produkcyjnej) w ujęciu wartościowym są bardzo zbliżone do udziałów w ujęciu ilościowym.

- (71) Dane dotyczące wielkości konsumpcji na całym EOG oparte są na danych Europejskiego Stowarzyszenia Włóknodruku⁽¹⁷⁾ (ERA), dostarczonych przez polskie władze. Stowarzyszenie to potwierdziło również planowane zdolności produkcyjne (...) linii produkcyjnych beneficjenta. Strukturę ogólnej sprzedaży/konsumpcji w podziale na podsegmenty czasopism i katalogów/ulotek reklamowych dostarczyło przedsiębiorstwo MillwardBrown SMG/KRC⁽¹⁸⁾.

- (72) Ponieważ dane dostarczone przez ERA dotyczą tylko 2006 r., liczbę tę wykorzystano pośrednio do ustalenia konsumpcji w 2003 r. Ponieważ, jak potwierdziło stowarzyszenie ERA, wydajność w dziedzinie włóknodruku w Europie była w 2003 r. większa niż w 2006 r. (5,9 mln ton wobec 5,1 mln ton), jest to założenie racjonalne, które może nawet odpowiadać symulacji najgorszego scenariusza.

- (73) Szczegółowe całociowe prognozy sprzedaży na 2010 r. nie są dostępne, ale ERA oczekuje, że w najbliższych latach utrzyma się niewielka tendencja wzrostowa na poziomie 1 %. Jednak według symulacji najgorszego scenariusza uznano, że rynek będzie stabilny, stąd do oszacowania

całkowitej konsumpcji w 2010 r. wykorzystano dane za 2006 r.

- (74) Udział w rynku przedsiębiorstwa BVG ustalono na poziomie EOG w odniesieniu do trzech możliwych do przyjęcia właściwych rynków produktowych określonych w pkt 60 powyżej. Udziały w rynku na poziomie grupy (tj. z uwzględnieniem drukarni Heinrich Bauer Verlag) w latach poprzedzających inwestycję i po jej realizacji zawarte są poniżej w tabelach 2–4.

Tabela 2

Rynek druku publikacji techniką włóknodruku (sze-roka definicja rynku)

	2003	2010
Sprzedaż beneficjenta (w tonach)	(...)	(...)
Łączna sprzedaż (w tonach)	4 600 000	4 600 000
Udział w rynku	(0–5) %	(5–10) %

Tabela 3

Rynek druku czasopism techniką włóknodruku

	2003	2010
Sprzedaż beneficjenta (w tonach)	(...)	(...)
Łączna sprzedaż (w tonach)	2 760 000	2 760 000
Udział w rynku	(5–10) %	(10–15) %

Tabela 4

Rynek druku katalogów i ulotek reklamowych techniką włóknodruku

	2003	2010
Sprzedaż beneficjenta (w tonach)	(...)	(...)
Łączna sprzedaż (w tonach)	1 840 000	1 840 000
Udział w rynku	(0–5) %	(0–5) %

- (75) Przy wszystkich definicjach rynku udział w rynku przedsiębiorstwa BVG utrzymuje się poniżej 25-procentowego progu ustalonego w pkt 24 lit. a) Zasad.

- (76) Dlatego na podstawie danych zawartych w tabelach 2–4 oraz przy założeniu możliwości potwierdzenia zakresu rynku obejmującego cały EOG uznaje się, że przedmiotowy projekt inwestycyjny jest zgodny z pkt 24 lit. a) Zasad. Komisja zachęca jednak do zgłaszania uwag przez zainteresowane strony w celu potwierdzenia, że zakres właściwego rynku geograficznego w istocie obejmuje cały EOG, lub stwierdzenia, że właściwy rynek geograficzny jest inny. W przypadku uznania, że właściwy rynek geograficzny jest rzeczywiście inny niż obszar EOG, ważne byłoby dostarczenie danych dotyczących udziałów w tym właściwym rynku.

⁽¹⁷⁾ Europejskie Stowarzyszenie Włóknodruku (European Rotogravure Association) jest czołową międzynarodową organizacją w tej branży. Nie jest organizacją komercyjną i wspiera podmioty korzystające z techniki włóknodruku.

⁽¹⁸⁾ Polski oddział Millward Brown International, większej niezależnej spółki badawczej.

Zdolności produkcyjne

- (77) Zgodnie z pkt 24 lit. b) Zasad projekt nie kwalifikuje się do otrzymania pomocy inwestycyjnej, jeśli powstałe zdolności produkcyjne przekraczają 5 % wielkości nierentownego rynku (tj. gdy wzrost w sektorze kształtuje się poniżej wzrostu w EOG). Pełne zdolności produkcyjne, które powstaną dzięki projektowi, zostaną osiągnięte w 2010 r.
- (78) Ponieważ polskie władze nie przedłożyły danych dotyczących wzrostu poszczególnych rynków właściwych w ciągu ostatnich pięciu lat, należy przyjąć, że rynek ten jest nierentowny. Założenie to potwierdzają również dane ERA, które wskazują na wzrost rynku publikacji drukowanych techniką wkłęsłodruku na poziomie zaledwie 1 % rocznie w ostatnich latach, czyli poniżej skumulowanego rocznego wskaźnika wzrostu PKB UE-27 w latach 2001–2006, tj. 1,97 %. Dlatego zdolności produkcyjne, które powstaną dzięki projektowi, należy ocenić zgodnie z pkt 24 lit. b) Zasad.
- (79) Całkowite zdolności produkcyjne, które powstaną dzięki projektowi (z uwzględnieniem wszystkich (...) nowych linii produkcyjnych) wynoszą 152 tys. ton rocznie, przy założeniu że zdolności (...). Dane te potwierdziło stowarzyszenie ERA i są one bardzo zbliżone do własnych prognoz beneficjenta, które wskazują na (...) ton rocznie.
- (80) Prognoza ta dotyczy rzeczywistych zdolności produkcyjnych, z uwzględnieniem takich czynników jak czas przeznaczony na naprawy i konserwację (maksymalny czas pracy maszyn produkcyjnych oszacowano na 61 % całkowitego teoretycznego czasu) oraz czynników właściwych dla techniki wkłęsłodruku.
- (81) W szczególności, maszyny drukarskie wykorzystujące tę technologię mają określoną maksymalną długość cylindra, tj. szerokość stosowanej wstęgi papieru, co odpowiada określonej ilości standardowych stron druku (w przypadku maszyn stosowanych przez beneficjenta najszerszy możliwy do wykorzystania cylinder umożliwia wydruk maksymalnie (...) standardowych stron). Cylinder określonej długości umożliwia wydruk kilku ściśle określonych wielkości czasopism/katalogów (w przypadku używanego w zakład-
- zie objętym pomocą cylindra o obwodzie (...) są to (...) strony).
- (82) Teoretyczne zdolności produkcyjne wynikają z maksymalnej możliwej do otrzymania produkcji przy cylindrze o największym obwodzie — w przypadku beneficjenta odpowiadałoby to możliwości drukowania jedynie czasopism mających dokładnie (...) strony. W rzeczywistości drukuje się czasopisma o różnych rozmiarach, a zdolność produkcyjna maszyn zmienia się odpowiednio.
- (83) Dlatego prognoza uwzględnia również fakt, że produkcja ma miejsce przy różnych szerokościach pras i różnych obwodach cylindrów, tj. nie zawsze przy maksymalnej zdolności produkcyjnej. Prognozę sporządzono z uwzględnieniem planowanych wielkości druku na podstawie zamówień wynikających z zawartych umów.
- (84) Polskie władze poinformowały, że ponieważ wydruk czasopism i katalogów/ulotek reklamowych przeprowadza się na tych samych liniach produkcyjnych, trudno jest sporządzić jednoznaczną strukturę zdolności produkcyjnych, jakie powstaną dzięki projektowi, z rozbiciem na zdolności produkcyjne dotyczące czasopism oraz katalogów/ulotek reklamowych. Zdolności produkcyjne beneficjenta w zakresie ulotek reklamowych i katalogów będą w ogromnej mierze zależały od nakładu drukowanych czasopism (pozycje nieperiodyczne drukowane są w miarę dostępności maszyn). Jak wskazały jednak polskie władze, jednym z możliwych rozwiązań jest oszacowanie struktury zdolności produkcyjnych na podstawie oczekiwanego udziału czasopism ((90–100) %) i katalogów/ulotek reklamowych ((0–10) %) w sprzedaży objętego pomocą zakładu.
- (85) Zdolności produkcyjne, które powstaną dzięki realizacji inwestycji, zostały oszacowane na podstawie powyższych założeń. Aby sprawdzić zgodność z pkt 24 lit. b) Zasad, otrzymane w ten sposób wartości porównano z wielkością trzech możliwych do przyjęcia rynków właściwych w przedmiotowej sprawie przed rozpoczęciem inwestycji, tj. w 2003 r. ⁽¹⁹⁾ Otrzymane dane zawarte są w tabeli 5.

Tabela 5

Zwiększenie zdolności produkcyjnych w odniesieniu do wielkości rynku

	Powstałe zdolności produkcyjne (w tonach)	Wielkość rynku w 2003 r. (w tonach)	Wzrost zdolności produkcyjnych
Rynek druku publikacji techniką wkłęsłodruku	152 000	4 600 000	3,3 %
Rynek druku czasopism techniką wkłęsłodruku	(136 800–152 000) ((90–100) %)	2 760 000	(5–10) %
Rynek druku katalogów i ulotek reklamowych techniką wkłęsłodruku	(0–15 200) ((0–10) %)	1 840 000	(0–5) %

⁽¹⁹⁾ Jak wyjaśniono powyżej, ze względu na brak danych o konsumpcji w 2003 r. wykorzystano w istocie dane za 2006 r.

- (86) Jak widać w tabeli, powstałe zdolności produkcyjne przekraczają 5 % wielkości rynku EOG w przypadku druku czasopism techniką wkłęsłodruku, natomiast pozostają one znacznie poniżej 5-procentowego progu w przypadku pozostałych dwóch ustalonych rynków właściwych ⁽²⁰⁾.
- (87) Dlatego Komisja ma wątpliwości, czy projekt jest zgodny z pkt 24 lit. b) Zasad.

3.6. Wniosek

- (88) W związku z powyższym i po wstępnym zbadaniu środka pomocy Komisja ma wątpliwości, czy pomoc na rzecz zgłoszonego projektu inwestycyjnego można uznać za zgodną z odpowiednimi wymogami Zasad z 2002 r. Dlatego Komisja jest zdania, że konieczne jest przeprowadzenie bardziej szczegółowej analizy przedmiotowego środka pomocy. Komisja zobowiązana jest do przeprowadzenia wszystkich niezbędnych konsultacji i w związku z tym do wszczęcia procedury określonej w art. 88 ust. 2 Traktatu WE, jeśli wstępne postępowanie nie umożliwi jej rozwiązania problemów związanych z ustaleniem, czy pomoc jest zgodna ze wspólnym rynkiem. Dałoby to stronom trzecim, na których interesy udzielenie pomocy może oddziaływać, możliwość wyrażenia opinii na temat przedmiotowego środka pomocy. Na podstawie informacji przedłożonych przez zainteresowane państwo członkowskie i informacji przekazanych przez strony trzecie, Komisja oceni środek i podejmie ostateczną decyzję.

4. DECYZJA

- (89) W świetle powyższych rozważań Komisja, działając zgodnie z procedurą określoną w art. 88 ust. 2 Traktatu WE, zwraca się do polskich władz o przedłożenie swoich uwag i dostarczenie wszelkich informacji, które mogą być pomocne w ocenie przedmiotowej pomocy, w terminie jednego miesiąca od daty otrzymania niniejszego pisma. Komisja prosi władze polskie o niezwłoczne przesłanie kopii niniejszego pisma do potencjalnego beneficjenta pomocy.
- (90) Komisja pragnie przypomnieć Polsce, że art. 88 ust. 3 Traktatu WE ma skutek zawieszający i pragnie zwrócić uwagę na art. 14 rozporządzenia Rady (WE) nr 659/1999, który stanowi, że wszelka pomoc udzielona bezprawnie może zostać odzyskana od beneficjenta w drodze windykacji.
- (91) Komisja uprzedza Polskę, że udostępni zainteresowanym stronom informacje, publikując niniejsze pismo wraz z jego streszczeniem w *Dzienniku Urzędowym Unii Europejskiej*. Poinformuje również zainteresowane strony w państwach EFTA będących sygnatariuszami Porozumienia EOG, publikując zawiadomienie w Suplemencie EOG do *Dziennika Urzędowego Unii Europejskiej*, oraz poinformuje Urząd Nadzoru EFTA, przesyłając mu kopię niniejszego pisma. Wszystkie zainteresowane strony zostaną wezwane do przedstawienia uwag w ciągu jednego miesiąca od dnia publikacji.

⁽²⁰⁾ Przy obliczeniach na poziomie niższym niż EOG wynikłe zwiększenie zdolności produkcyjnych byłoby oczywiście większe.

Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses
(Sache COMP/M.5250 — Porsche/Volkswagen)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(2008/C 159/08)

1. Am 17. Juni 2008 ist die Anmeldung eines Zusammenschlussvorhabens gemäß Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ bei der Kommission eingegangen. Danach ist Folgendes beabsichtigt: Die Dr. Ing. h.c. F. Porsche AG („Porsche“, Deutschland) erwirbt im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b der Ratsverordnung die Kontrolle über die Volkswagen AG („Volkswagen“, Deutschland) durch Aktienkauf.
2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:
 - Porsche: Herstellung und Vertrieb von PKW,
 - Volkswagen: Herstellung und Vertrieb von PKW und leichten Nutzfahrzeugen.
3. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass die angemeldete Transaktion unter die Verordnung (EG) Nr. 139/2004 fallen könnte. Ihre endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich allerdings vor.
4. Alle interessierten Unternehmen oder Personen können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens zehn Tage nach dem Datum dieser Veröffentlichung eingehen. Sie können der Kommission durch Fax (Fax-Nr. (32-2) 296 43 01 oder 296 72 44) oder auf dem Postweg, unter Angabe des Aktenzeichens COMP/M.5250 — Porsche/Volkswagen, an folgende Anschrift übermittelt werden:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Kanzlei Fusionskontrolle
J-70
B-1049 Brüssel

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1.